



Kostenlos

Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Gegenwind 212

Wilhelmshaven

November 2005

Gutes Wetter für den Kaiser

Wilhelmshaven auf dem Weg nach Gestern



Audienz

Einen kleinen Rückblick auf die Bundstagswahl erlauben wir uns auf Seite 3: Republik Wilhelmshaven.

Wilhelmshaven schaut zurück. Auf der Suche nach der eigenen Identität entstehen skurrile Ideen und Sekten. Wo es in Wilhelmshaven rückwärts läuft, beschreiben wir auf Seite 4.

Viel zu berichten gibt es über 2 Veranstaltungen der Arbeitsloseninitiative. Auf Seite 5 kommt es immer dicker...

Die Gaspreiserhöhung ist immer noch nicht vom Tisch. "Weiter gegen die Preiswillkür", heißt es auf Seite 8.

"Völlig daneben" lautet die einhellige Meinung der Gegenwindler, die sich das Theaterstück "Che" angesehen haben. Unsere Eindrücke auf Seite 9.

Auch diesmal sind die von Imke aufgelesenen Ratssplitter schon etwas betagt, dass sie aber noch aktuell sind, beweisen wir auf Seite 10.

Die Bürgerinitiative gegen den JadeWeserPort ist weiterhin aktiv und erfolgreich – zwei Berichte auf Seite 12.

Schon wieder: Wilhelmshaven hat mit die schlechtesten Radwege der Republik. Hintergründe auf Seite 13.

Die Linke hat in Wilhelmshaven ein gutes Ergebnis erzielt. Grund für uns, mit Werner Dalichow von der WASG zu sprechen. Seite 14.

Keine leichte Lektüre: Auf Seite 16 veröffentlichen wir ein "Hörspiel" des Wilhelmshavener Historikers Hartmut Peters: Auf zur anderen Seite des Wilhelminismus.

Und wie immer: Quer verstreut im ganzen Heft finden Sie Nachrichten, Meldungen und Termine.

meldungen



105 Kolleginnen und Kollegen

beteiligten sich am Warnstreik bei Marktkauf am 18. Oktober. Bis 11 Uhr fand keine Warenannahme statt, und nur zwei Kassen waren besetzt. Auch die Tankstelle und der Getränkemarkt waren in dieser Zeit dicht.

Marktkauf hat bislang noch einen Haustarifvertrag, der in einigen Punkten besser ist als der Flächentarifvertrag für den Einzelhandel. Edeka als der Hauptanteileseigner möchte diesen Haustarif kündigen. Für die Beschäftigten würden dadurch das Urlaubs- und das Weihnachtsgeld entfallen, die Arbeitszeit würde ohne Lohnausgleich verlängert, und die Ausbildungsvergütungen würden gekürzt. Außerdem will der Arbeitgeber Öffnungsklauseln, um auch weitere tarifliche Leistungen abschaffen zu können.

Der Geschäftsführer rief angesichts der Arbeitsniederlegung einige Aushilfen an, um die Kassen doch noch besetzen zu können. Diese Kräfte kamen auch – und schlossen sich dem Streik an!

Die Kunden und Kundinnen, deren Einkauf durch den Streik erheblich behindert wurde, zeigten sich überwiegend verständnisvoll. Solidarisch zeigte sich auch die Brezelbäckerin, die ihren Stand bei Marktkauf betreibt: Sie spendierte allen Streikenden je eine Brezel. (noa)

Die deutsche Fernsehlandschaft

ist jetzt noch etwas bunter. Das Vierte: wieder ein neuer Fernsehkanal, der uns in surreale Welten fliehen lässt, um nicht an unsere eigene denken zu müssen...

Das Vierte präsentiert "erstklassiges" Entertainment der letzten 40 Jahre direkt aus der amerikanischen Seifenblasenfabrik. Seit dem 29. September auf Sendung.

Wolfram Winter, der Geschäftsführer von NBC Universal Global Network Deutschland, erklärt: "Das Vierte erreicht zu Anfang gleich 80% der Haushalte, ein hervorragendes Ergebnis." Ja, und das natürlich 24 Stunden am Tag...

Eigentlich ist es egal, ob wieder ein informationsfreier Fernsehsender an den Start gegangen ist, aber mussten denn diese anstößigen Plakate sein, die beim Spaziergang durch Wilhelmshaven ins Auge fielen? Drei Beispiele: "Und wenn Sie die GEZ bescheißen, wir senden trotzdem Hollywood", "Und wenn der Papst morgen die Pille empfiehlt, wir senden trotzdem Hollywood", "Und wenn Sie wieder falsch gewählt haben, wir senden trotzdem Hollywood".

Und wenn morgen Krieg ausbricht, ihr sendet trotzdem Hollywood? (jes)

Einseitig

fand ein FDP-Ratsherr die letzte Ausgabe des GEGENWIND, die sich vor dem Hintergrund der Bundestagswahlen schwerpunktmäßig der Linkspartei widmete, die von anderen regionalen und vor allem lokalen Zeitungen meist ignoriert oder einseitig in ein negatives Licht gerückt wurde. Warum dieser GEGENWIND so "linkslastig" war, hatten wir im Editorial dargelegt. "Haben Sie das denn nötig?", bohrte der jamaicafarben gekleidete Ratsherr weiter. Nötig? Was? Wofür? Was soll ein unabhängig und nicht kommerziell arbeitendes Blatt nötig haben? (iz)

KULTUR - KOMMUNIKATION

HOTEL KLING KLING

WHV Zentrum
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr
MUSIK FÜR DICH

Frühstücken
Partys - Konzerte

Freitag 4.11. GLOOMY FRIDAY
EBH-80's-DarkWave & Gothic Night

Freitag, 11. November 21 Uhr
GHOSTS OF DAWN
(Cross-Core & Prog-Metal)
PUMKIN HEADS
(10th anniversary of straight Metal)
MENTAL KILLING SPREE
(Death Metal meets Gndcore)

Freitag, 25. November
Blues - Rock

STEPPIN' OUT

15.12. HEINZ STRUNK "Fleisch ist mein Gemüse"

www.kling-klang-whv.de

Zum Titelbild

WIR sind zufrieden – das mag der Kaiser beim Betrachten SEINER Stadt denken. Hier leben Menschen, die SEIN Andenken, das Andenken SEINER Enkels und SEINER Nachfolger in Ehren halten. (hk)

Wertewandel

Man kann gespannt sein, wie lange es noch dauert, bis die ersten "Friesländer raus"-Schmierereien in Wilhelmshaven auftauchen. Wenn, dann wohl zuerst im Bereich Schillerstraße/Herderstraße. Da wendet sich die ARGE an die "WZ" mit der Klage "Zuzug aus dem Umland kostet Stadt dickes Geld" (WZ, 22.10.05). Im Kreis Friesland gibt es wenig bezahlbaren Wohnraum für allein lebende Menschen, in Wilhelmshaven dagegen viel. Also sind seit Beginn der Ära Hartz IV viele Langzeitarbeitslose nach Wilhelmshaven gezogen. Und die belasten den Etat der Stadt mit monatlich 100.000 Euro. Sowas!

Für die Nordseepassage und die schöne neue Marktstraße wollen wir sie ja gerne hierher locken, die Friesen, damit sie Geld hier lassen. Aber doch nicht solche Friesen!!! Zwar wirken die dem bösen demografischen Faktor entgegen und verbessern ein bisschen die Wanderungsbilanz, aber so geht es doch nicht! Sollen die gefälligst die Kassen im Kreis Friesland belasten! (noa)

Ist das alles?

Groß angekündigt wurde von Kultusminister Busemann der Erlass zur Förderung von Schülern und Schülerinnen mit Lese-Rechtsschreib- oder Rechenschwäche. Als "völlig unzureichend" bezeichnen die Grünen Niedersachsen diesen Erlass-Entwurf in einer Pressemitteilung vom 10. Oktober, und der Landesverband Legasthenie und Dyskalkulie stellt fest: "Kaum Chancen für Kinder mit Lernschwächen". (WZ, 18.10.05)

Noch ist der Erlass nicht in Kraft getreten; der Entwurf ist jedoch enttäuschend: Keine entsprechende Fortbildung für Lehrkräfte, die jedoch beurteilen sollen, ob ein Kind betroffen ist oder nicht; der Schutz vorm Sitzenbleiben, von dem vor einigen Wochen noch angekündigt wurde, er gelte bis zum 10. Schuljahr, soll bei Rechenschwäche nur bis zum 4. Schuljahr bestehen; zusätzliche Förderstunden werden nicht eingeplant. Stattdessen soll die Arbeit für die LehrerInnen noch schwieriger werden, denn sie sollen die spezielle Förderung dieser Kinder mittels Binnendifferenzierung leisten. (noa)

 **Gegenwind**

Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421 / 99 49 90
Fax: 0180-5060 3441 9546
eMail: gegenwind.whv@t-online.de

Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Antje Jürgensen, Hannes Klöpffer (verantwortl. Redakteur), Anette Nowak, Thomas Sobel, Imke Zwoch;
Druck: Beta-Druck; Auflage: 4.500 Exemplare
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63
Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit) jeweils zum Monatsbeginn
Erscheinungstag dieser Ausgabe: 27.10.2005

**Gegenwind im Internet:
www.gegenwind-whv.de**

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben. Besonders bei Jessica und André

Republik Wilhelmshaven

Die Bundestagswahl liegt sechs Wochen zurück, und ihre Ergebnisse – bundesweit – sind x mal dargestellt, diskutiert, interpretiert, gelobt und beklagt worden. Das lasen wir also bleiben. Wir wollen nur einen kurzen Blick auf die Wilhelmshavener Besonderheiten werfen.

Ginge es nach Wilhelmshaven, dann wäre der rot-grünen Koalition eine weitere Legislaturperiode beschieden. Mit 52,28 % hätte sie eine komfortable Mehrheit. Hatte aber in Wilhelmshaven die SPD vor drei Jahren allein schon 52,17 % (ihre Direktkandidatin Karin Evers-Meyer gar 54,14 %), so ist selbst in der sozialdemokratischen Hochburg Wilhelmshaven die Zustimmung zur SPD unter 50 %, nämlich auf 46,7 %, gesunken. Vom Koalitionspartner wurden davon nur 0,03 % ausgeglichen: Die Grünen erhielten jetzt 5,58 gegenüber 5,55 % im Jahr 2002.

Am Wahlabend war noch die Rede von einer möglichen Ampelkoalition, die bundesweit rein rechnerisch möglich gewesen wäre. Einige Journalistinnen in den Wahlstudios der großen Fernsehsender, die auf lange Erfahrungen mit der Umfallerpartei FDP hinwiesen, hielten sie wohl auch politisch für möglich. In Wilhelmshaven wäre diese Überlegung gar nicht nötig gewesen.

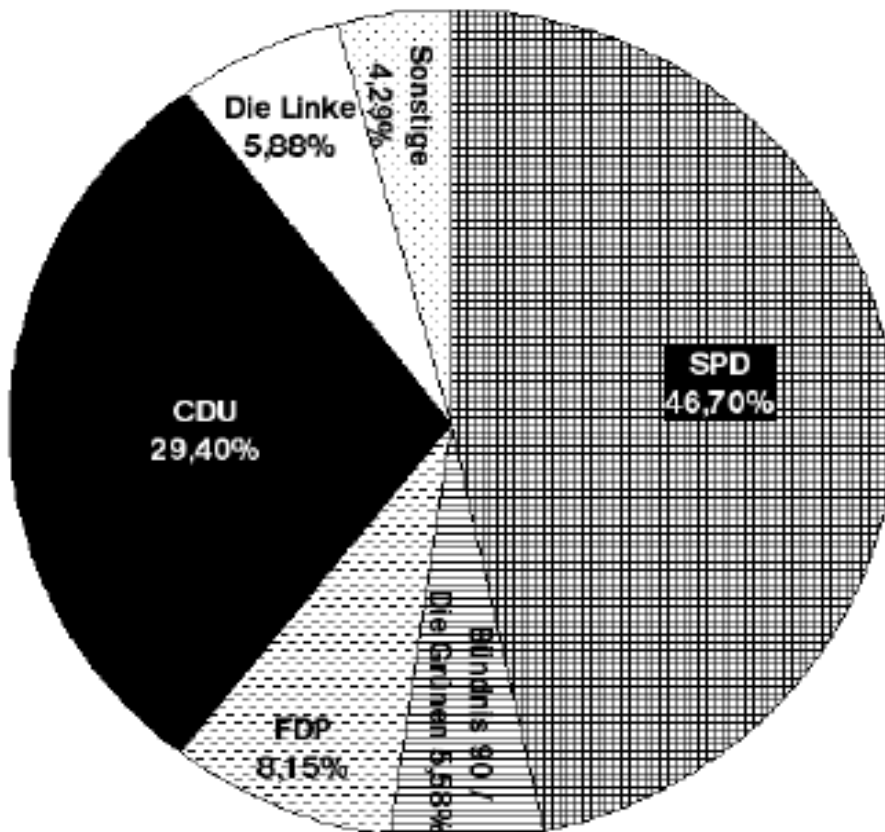
Schwarz-Gelb, angetreten, um einen "neuen Anfang" zu starten und Rot-Grün wegzufügen, wäre, ginge es nur nach Wilhelmshaven, weit abgeschlagen: 37,55 % der hiesigen WählerInnen gaben dieser Konstellation die Stimme. Vor drei Jahren waren es noch 38,1 % gewesen. Es haben allerdings

nicht beide Parteien dieser Wunschkoalition an Zustimmung verloren: Der Stimmenanteil der CDU sank von 30,92 auf 29,39 %, doch der der FDP stieg von 7,18 auf 8,16 %. (Mit Sicherheit lag das jedoch nicht an ihrem Direktkandidaten Bauermeister, dessen Erststimmenanteil nicht nur deutlich unter dem Zweitstimmenanteil seiner Partei, sondern auch unter dem Ergebnis des damaligen liberalen Direktkandidaten Völkel liegt.)

Am Wahlabend und in den ersten Tagen nach der Wahl war die "Schwampel" oder auch "Jamaica-Koalition" im Gespräch. Auch diese, die ja im Bund eine regierungsfähige Mehrheit hätte, könnte in der "Republik Wilhelmshaven" nicht regieren: Nur 43,43 % haben CDU, FDP und Grüne zusammen bekommen.

Die große Gewinnerin in Wilhelmshaven ist "Die Linke", die hier 5,88 % bekommen hat. Angesichts dessen, dass die WASG, die hier im Wesentlichen die Linke repräsentiert, gerade mal ein paar Monate vor der Wahl gegründet worden ist, ist dieses Ergebnis erstaunlich gut. Auch verglichen mit dem Stimmenanteil in den ganzen westlichen Bundesländern (4,9%) hat diese neue Gruppierung hier ein sehr respektables Ergebnis erzielt. (noa) □

Zweitstimmenverteilung in Wilhelmshaven



Mütter Zentrum

Werftstr. 45
Tel. 506 106

**Weihnachtlicher
Handwerker
Basar
am Sonntag,
den**

**4. Dezember
2005
von 15 - 18 Uhr
mit
Adventscafé
und
Selbstgebackenem**

**Öffnungszeiten
Cafe MüZe:
Montag bis Freitag
9.30 bis 13.30 Uhr
Mittwochs auch
15 - 18 Uhr**

Auszug aus einem Brief des Oldenburger Journalisten Klaus Dede an Oberbürgermeister Eberhard Menzel vom 23.7.2005

Wilhelmshaven ist heute eine Stadt mit einem enormen Freizeitwert vor allem für denjenigen, der irgendeinen Wassersport betreibt. Beeindruckend sind auch die umfangreichen Parkanlagen der Stadt, dann die wissenschaftlichen Einrichtungen, kurzum: Der ehemalige Kriegshafen macht einen sehr friedlichen und zivilen Eindruck, aber er verleugnet seine Tradition. Die ist nun in der Tat weitgehend identisch mit der Geschichte der deutschen Marine, insbesondere aber der Hochseeflotte Wilhelms II., und die war ein Instrument des deutschen Imperialismus und damit einer der Gründe, die zum Ersten Weltkrieg führten. Aber was übel gedacht war, endete mit der Revolution von 1918, führte also zum Sturz der Monarchie und damit zur Konstituierung der ersten deutschen Republik. Meinen Sie nicht, dass Wilhelmshaven stolz darauf sein könnte, der Ort zu sein, an dem die deutsche Demokratie ins Leben trat?

Was aber erinnert an das einzige Ereignis von nationaler Bedeutung, das in Wilhelmshaven stattgefunden hat? Wenn ich das richtig sehe: nichts! Warum schämen Sie sich dieses Vorgangs?

Wenn wir heute in einem demokratischen Rechtsstaat leben, wenn wir eine Verfassung haben, die uns allen den Auftrag gibt, im Innern die Menschenrechte, so weit das menschenmöglich ist, zu verwirklichen und sie nach außen hin wenigstens zu vertreten, wenn wir heute nicht nur im Wohlstand, sondern vor allem im Frieden mit allen unseren Nachbarn (und hier schließe ich Israel ein) leben, dann verdanken wir das den unbekannteren Männern der "Thüringen", die am 25. Oktober 1918 die Feuer aus den Kesseln der "Thüringen" raketten und so die Revolution auslösten, aber weder einem Kaiser Wilhelm, an dessen Händen das Blut von zwanzig Millionen Menschen klebt, noch einem Adolf Hitler, seinen Nachfolger im Amt und im Geiste. Wir haben also allen Anlass, den Heizern des Linienschiffs, die die Kamikaze-Fahrt der Hochseeflotte verhinderten, noch heute Dank zu sagen für ihre mutige Leistung, denn natürlich wussten sie nicht, ob sie nicht ebenso vor den Erschießungs-Pelotons der preußischen Militärjustiz landen würden wie Köbis und Reichpietsch ein Jahr zuvor (und zweihundert andere während des Zweiten Weltkrieges). Gibt es in Wilhelmshaven aber ein Denkmal, das an diese Helden unserer Demokratie erinnert? Haben Sie wenigstens eine Straße nach ihnen benannt?

Hofknicks

Wir wollen unseren alten Kaiser Wilhelm wieder haben...

(hk) Viele WilhelmshavenerInnen mochten am 16. September 2005 bei der Lektüre der Wilhelmshavener Zeitung ihren Augen nicht trauen und brachen (zumindest zum Teil) in lautes Lachen aus. Stand da doch zu lesen, dass "S.K.H. Christian Sigismund Prinz v. Preußen" prominentestes Gründungsmitglied der in Wilhelmshaven gegründeten "Gesellschaft für wilhelminische Studien" sei. S.K.H. steht nun wirklich für "Seine Kaiserliche Hoheit"!

Nun mochte man denken, dass der WZ-Redakteur sich da einen Spaß draus gemacht hat – aber WZ-Redakteure machen keine Späße, wenn es um den Kaiser geht. Auf der Seite 3 der gleichen Ausgabe wird dann noch eine weitere Hoheit ausgemacht: S.K.H. Kuno Herzog von Oldenburg.

Doch leider ist das alles gar nicht so witzig, wie es den Anschein hat, denn die "Gesellschaft für wilhelminische Studien" (GfWS) hat es sich zum Ziel gesetzt, das angeknackste Image des letzten deutschen Kaisers zu reparieren. Es sei endlich an der Zeit, so ist aus dem majestätischen Zirkel zu hören, den Künstler und Kunstliebhaber, den Schöngest Wilhelm II. der Öffentlichkeit näher zu bringen.

Nicolaus Sombart, der schon in seinem 1996 erschienen Buch "Wilhelm II. – Sündenbock und Herr der Mitte" nur unvollkommen die Reinwaschung des Kaisers betrieb, in dem 2003 erschienenen Buch "Wilhelm II. und Wilhelmshaven":

"Wilhelm II. – der perfekte Akteur als Herr der Mitte, erfuhr das Schicksal, Sündenbock des deutschen Missgeschicks zu werden. Dazu gehört das negative Bild, das von ihm überliefert ist. Die Schwierigkeit, es zu revidieren – und ihm Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, liegt darin, dass es notwendig ist, dafür das Bild der deutschen Geschichte zu revidieren. In erster Linie das Bild, das von Bismarck ins kollektive Unbewusste eingeschrieben ist. Die Demontage des Bismarck-Mythos, inklusive einer Revision der Geschichte des zweiten Reiches, ist die notwendige Voraussetzung für eine angemessene Würdigung seines Opfers. Auch das gehört zu unseren Aufgaben, die wir Wilhelm II. Gerechtigkeit widerfahren lassen wollen. Vielleicht ist die Zeit endlich reif dafür."

Oder wie es die WZ im Mai 2005 ausdrückte: "Die Ära von Kaiser Wilhelm II. ist als

wilhelminisches Zeitalter in die Geschichte eingegangen und bislang eher einseitig betrachtet worden. Insbesondere die kulturgeschichtliche Dimension wurde bislang ganz erheblich vernachlässigt."

In meiner Kindheit hörte ich oft den Satz, dass ja nicht alles, was die Nazis gemacht hatten, schlecht gewesen sei. So hätten sie doch zum Beispiel die Autobahnen gebaut.

Auf diesem Niveau versucht nun auch die GfWS "ihren" Kaiser rein zu waschen.

Warum wird diese Gesellschaft gerade in Wilhelmshaven gegründet? Die fachliche Kompetenz dafür ist es sicherlich nicht. Denn weder Dr. Jens Graul noch J.M. Henneberg können sich hier als wirklich kompetent ausweisen. Es steckt wohl eher das ungeheure Minderwertigkeitsgefühl Wilhelmshavens dahinter. Wilhelmshaven, eine Stadt ohne Gesicht und ohne Geschichte. Und dann auch noch so eng mit einem Kaiser verbunden, an dem die Geschichtsschreibung kaum ein gutes Haar lässt. Wilhelmshaven sieht hier wohl die Möglichkeit, den mit der Aufstellung des Denkmals Wil-

helms I. (des Großvaters Wilhelms II.) beschrittenen Weg zur Restaurierung des Ansehens des Kaiserreichs zu weiterzuführen und zu verbreitern.

Und in Wilhelmshaven hat sich seitdem ja viel in diesem Sinne getan. Die Straßen in der östlichen Südstadt bekamen inoffiziell ihre alten Namen wieder und heißen jetzt Kaiserstraße, Wilhelmstraße, Kronprinzenstraße ... Einmal im Jahr trifft sich die Zweitklassigkeit in Kaisers Gedenken zu einem "opulenten Frühstück", man spricht plötzlich wieder von der Kaiserachse, wenn von der Grünanlage zwischen Ebert- und Viktoriastraße die Rede ist.

Original: **Allerstraße**
ursprünglich: **Kronenstraße**

Original: **Moselstraße**
ursprünglich: **Kronprinzenstraße**

Original: **Mainstraße**
ursprünglich: **Friedrichstraße**

Jonathan  Naturkost

Jonathan bringt's:

Die frische Abo-Kiste
mit Obst & Gemüse der Saison.

Jetzt bestellen!

Wilhelmshaven ● Marktstr. 94 ● Tel. + Fax: 04421/13438

Auch der Wilhelmshavener Hafen würde dem Kaiser gefallen. Seit dort das Marinemuseum ansässig ist, hat sich das Bild des Hafens wieder ins Militaristische verwandelt. Besonders das Museumsexponat "Mölders" (ausgerechnet ein Schiff mit dem Namen des von Hitler persönlich ausgezeichneten Legion-Condor-Kämpfers Werner Mölders) bestimmt seit einigen Monaten das ehemals doch eher friedliche Hafengebäude.

Die kaiserliche Ausrichtung der städtischen Politik ist gleichzeitig auch ein Unterdrückungsmechanismus für die aufklärerische Arbeit von Gruppen und Arbeitskreisen, die sich nach vorne gerichtet mit der Geschichte der Stadt Wilhelmshaven befassen. Hier geht die Angst um, dass "letztendlich alles erstickt wird" (Hartmut Büsing, Historischer Arbeitskreis).

Nun handelt es sich bei der GfWS, wie Gründungsmitglied Jörg Michael Henneberg (stellv. Vorsitzender der Oldenburgischen Landschaft) richtig bemerkte, nicht um einen "royalistischen Fan-Club", es handelt sich bei den Mitgliedern (soweit sie dem Verfasser bekannt sind) nicht um Monarchisten, die wirklich wieder einen Kaiser an die Spitze des Staates setzen wollen. Aber die Herren um Henneberg und Graul treiben ein gefährliches Spiel – und das Image der Stadt Wilhelmshaven wird durch diese Aktionen gehörigen Schaden nehmen. □

Es geht auch anders!

Nicht ganz Wilhelmshaven ist mit dem Kaiser-Virus infiziert. Pastor Morgenstern von der Christus- und Garnisonkirche tritt da in den Vordergrund.

Anfang Oktober fand in der Kirche eine besondere Aktion statt. Über die "dem Andenken der während des Aufstandes in Deutsch-Südwest-Afrika 1904 – 07 Gefallenen und Gestorbenen" gewidmeten Marmortafel wurde eine durchsichtige Tafel montiert, auf der "die andere Seite der Medaille" (Pastor Morgenstern in seiner Predigt am 9. Oktober) dargestellt ist.

Der deutsche General von Trotha wollte die Herero nicht nur im militärischen Sinne vernichten. In seinem Rapport an den Generalstab hieß es:

"Meine genaue Kenntnis so vieler zentralafrikanischer Stämme, Bantu und anderer, hat mir überall die überzeugende Notwendigkeit vor Augen geführt, dass sich der Neger keinem Vertrag, sondern nur der rohen Gewalt beugt. Deshalb halte ich es für richtiger, dass die Nation in sich untergeht und nicht noch unsere Soldaten infiziert und an Wasser und Nahrungsmitteln beeinträchtigt. Außerdem würde irgendeine Milde von meiner Seite von Seiten der Herero nur als Schwäche aufgefasst werden."

Obleich es viele Anzeichen dafür gab, dass der Widerstand der Herero gebrochen war, drang von Trothas Truppe weiter vor. Angebote zur Übergabe wurden ignoriert und Verdurstende "von ihrem Leiden erlöst", die Truppe trieb den Rest des Volkes gnadenlos vor sich her. Das gesamte Vieh der Herero ging zugrunde. Der Herero-Historiker Alex Kaputu hat mündliche Überlieferungen von dieser Todesprozession niedergeschrieben: *"Wenn sie an einen Sandbrunnen kamen, und es gab Wasser, dann tranken die Krieger. Die Frauen tranken nicht, damit die Krieger Kraft hätten zu kämpfen. Und wenn sie Hunger hätten, sagten die Männer zu den Frauen: 'Das Kind kann ruhig sterben. Ich muss aus deiner Brust die Milch saugen, denn ich kann nicht anders, damit ich kämpfen kann.'"*



Ackis Rundschlag

Südzentrale

Es gibt einen Film von Gruppo635 mit dem Titel "Wilhelmshaven lebt". In eindrucksvollen Bildern wird die Südzentrale, oder das, was übrig geblieben ist, gezeigt.

Angeklagt wird hier mit Einblendungen wie: *Stirbt ein Baudenkmal (...) spricht man von: Schicksal kombiniert mit leeren Kassen! Oh, wie haben wir doch alles versucht (ganz, ganz wirklich, ehrlich?)*

Wie wenig Phantasie muss man mitbringen... um (Kommunal-)Politiker zu werden?

Dieser Film macht nachdenklich. Viele Städte würden sich ein solches Gebäude in derart zentraler Lage wünschen, um hier etwas Neues entstehen zu lassen. Viele Städte machen uns vor, was aus solchen Industriedenkmalen zu machen ist auch diese Städte sind "pleite".

In Wilhelmshaven kennt man aber nur die Abrissbirne. "Wir haben kein Geld, es gibt keine Verwendungsmöglichkeiten, keine Investoren", heißt es.

Es gab und gibt aber viele Ideen. Es gab

ger Kraft hätten zu kämpfen. Und wenn sie Hunger hatten, sagten die Männer zu den Frauen: Das Kind kann ruhig sterben. Ich muss aus deiner Brust die Milch saugen, denn ich kann nicht anders, damit ich kämpfen kann."

Und dieser Text findet sich jetzt neben dem Foto einer Herero-Familie gleichberechtigt über der Gedenktafel an die gefallenen deutschen Soldaten.

In einem kurzen Gespräch im Anschluss an die Enthüllung kündigte Pastor Morgenstern gegenüber dem Gegenwind weitere Aktivitäten an, damit "die jeweils andere Seite nicht in Vergessenheit" gerät. (hk)



auch mögliche Investoren. Nur die Stadt wollte nicht.

Sicherlich bringt dieser Film die Politiker und Stadtoberhäupter nicht zur Vernunft. Vielleicht aber die Wilhelmshavener BürgerInnen auf die Barrikaden, bevor ein zweiter Teil des Buches "Was die Bomben verschonten" geschrieben werden muss..., bevor wir nicht mehr haben, was wir erhalten sollten.

Freizeitzentrum Nord – FZN

Was ist denn nun? Wo geht der Weg hin?

Seit Jahren kriselt es um das FZN. Immer wieder steht das Thema auf der Tagesordnung, und immer wieder werden Arbeitsgruppen gebildet. Um eine vernünftige Lösung zu finden? Ohne Erfolg, oder ohne den nötigen Elan/Auftrag?

Anfang 2005 war dann alles in bester Ordnung. Es wird ein FZN-Neubau auf dem Schulhof entstehen. Das Geld haben wir, so die großen Fraktionen im Rat der Stadt vollmundig, in den Haushalt 2005 eingestellt.

Was sie nicht sagten oder wieder einmal nicht wussten, die erheblichen finanziellen Mittel waren nicht "gedeckelt". Eingerechnet war ein Zuschuss des Landes Niedersachsen in Höhe von 350.000 Euro. Ganz zufällig wurde bekannt, das Land wird diesen Zuschuss nicht leisten können, da hier lediglich 75000 Euro zur Verfügung stehen, welche zudem noch auf 11 Landesprojekte verteilt werden müssen. Zumindest die Wilhelmshavener CDU hätte das wissen müssen.

Jetzt hat die Stadt, so die Antwort von Stadtrat Stoffers auf meine Anfrage in der letzten Ratsitzung, 5 Interessenten gefunden, die auf einem 900 m² großen Teil des Schulhofes ein Jugendzentrum bauen und langfristig an die Stadt vermieten wollen. Die Haushaltsmittel für Miet- und Bewirtschaftungskosten sind im Haushaltsentwurf 2006 eingestellt.

Sollte hier tatsächlich ein gutes Ende in Sicht sein? Hoffen wir es für die Jugendlichen.

Schulen

Ruhig ist es in der Diskussion um die Grundschulstandorte geworden. Zu ruhig, wie ich finde.

Hat sich die Stadtverwaltung in ihr Kämmerlein zurückgezogen, um wieder einmal die Statistiken für die politischen Entscheider zu aktualisieren? Werden die Zahlen, natürlich kurz vor Toresschluss, den eindeutigen Beweis dafür hergeben, dass im Stadtgebiet zu viele Grundschulen vorhanden sind?

Werden erst einmal nur 3 Grundschulen geschlossen? Oder sind es vielleicht 5?

Sicherlich spielt den Schulschließungs-Befürwortern auch die neueste Einwohnerberechnung des Landes (bis 2021) in die Hände – "obwohl der Nordwesten Einwohner anzieht, hat Wilhelmshaven in der Negativliste mit minus 7,5% den zweiten Platz hinter Delmenhorst belegt."

Nach dem kühlen Sommer wird es wohl einen "heißen Winter" für den Schulausschuss geben. Natürlich verzichte ich heute auf die Liste der Schulen, die nach der "ergebnisoffenen Diskussion" der Politik die Türen schließen werden.

Es kommt immer dicker!

Über einige unbeantwortete Fragen und ziemlichen Käse

(noa) Verschiedene Ereignisse, u. a. die Bundestagswahl, haben unseren Rhythmus aus den Fugen geraten lassen. So kommt es, dass wir hier gleich über zwei Monatsversammlungen der Arbeitsloseninitiative berichten.



Am 13. September war Holger Kirschen, der stellvertretende Geschäftsführer der ARGE, eingeladen. Da er direkt davor gleich zweimal in der "WZ" erwähnt worden war, einmal sogar mit Foto (sh. Kasten), konnten die Versammelten gespannt auf ihn sein. Aus der Einladung, die er bekommen hatte, wusste er, was sie von ihm wissen wollten.

Alles prima

"Die Zeit rennt", fand Kirschen. Gut 8 Monate gab es die Arbeitsgemeinschaft zwischen Stadt und Arbeits-Agentur zum Zeitpunkt der Versammlung, und noch kann nicht alles richtig klappen, muss man flexibel sein, besser werden. Doch die Zusammenarbeit zwischen der Stadt, die den Geschäftsführer Grimminger beige-steuert hat, und der Arbeits-Agentur, von der Vize Kirschen kommt, sei "uneingeschränkt gut", es gebe "einvernehmliche Entscheidungen". Das Konstrukt ARGE sei nicht einfach umzusetzen gewesen, doch sie sei vollkommen eigenständig in ihrer Arbeit, es gebe keinerlei Reglementierung seitens der Arbeits-Agentur. Eine Verknüpfung zwischen ARGE und Arbeits-Agentur gebe es beim Arbeitgeber-Stellenservice. "Der Kontakt zu den Arbeitgebern ist wesentlich, die wollen wir nicht verschrecken." Der zweite Verknüpfungspunkt sei der gemeinsame "Empfang" im Erdgeschoss des AA-Gebäudes (der dazu führt, dass alle weiterhin sagen, sie müssen zum, waren beim oder ärgern sich über das Arbeitsamt), und der Verwaltungsrat ist gleichmäßig besetzt.

Wir können nix dafür

Die Kritik der ALI, dass die Alg II-Bescheide schwer bis gar nicht verständlich sind, nahm Kirschen an. "Auch wir haben unsere Probleme damit", räumte er ein. Da gibt es halt dieses Computerprogramm, das die Be-

willigungsbescheide aufgrund der Angaben der Bezugsberechtigten erstellt (wenn es nicht gerade abstürzt), und das produziert Bescheide, die sehr unübersichtlich und deswegen schwer nachzuvollziehen sind. Das hat nicht die ARGE Wilhelmshaven zu verantworten, wie sie ja auch nicht das zugrunde liegende Gesetz Hartz IV zu verantworten hat. "Wir setzen um, was andere er-sonnen haben", sagte Kirschen, und weiter – man beachte die Wortwahl – "wir müssen an der Front (!) viel aushalten".

Nun, stimmt, Kirschen hat sich Hartz IV nicht ausgedacht. Dass er aber vehement dagegen sei, den Eindruck konnte man auch nicht unbedingt gewinnen. So erklärte er, dass die Eigenverantwortung der Arbeitslosen und der Mitglieder ihrer Bedarfsgemeinschaften gestärkt werden müsse, denn es gehe nicht mehr ums Ausschütten von Beitragsgeldern, sondern um die Verteilung von Steuermitteln. Die Eingliederungsvereinbarungen, so Kirschen, seien notwendig, denn sie wirken verpflichtend. Und: "Darin stecken mehr Möglichkeiten, als auf den ersten Blick zu sehen sind." Doch dann musste auch er zugeben: Zur Wahrnehmung der Eigenverantwortung der Arbeitslosen "braucht es Umgebungsfaktoren", sprich: Es müssen Arbeitsplätze vorhanden sein, um die die Arbeitslosen sich bemühen können. Und davon gibt es bekanntlich in Wilhelmshaven nicht viele – woran auch das vom Wirtschaftsminister gelobte und mit viel Geld belohnte Konzept zur Eingliederung älterer Arbeitsloser krankend wird.

Äh... hm...

Und als er eben ein bisschen von dem Konzept erzählen wollte, meldete sich eine Versammlungsteilnehmerin zu Wort und sorgte mit ihrem Beitrag dafür, dass Herr Kirschen das Wort im Halse stecken blieb: Sie nimmt an einer Maßnahme des Job-Centers teil, an einem Kurs "Schlüsselkompetenzen für ältere Arbeitslose" bei der VHS. Nicht zum ersten Mal – solche Maßnahmen hat sie früher schon durchlaufen. Und als sie nun den Kurs wieder antrat, traf sie einige alte

Na bravo!

Unter der Überschrift "Spitze im Bund: Das Job-Center Wilhelmshaven" berichtete die "WZ" am 09.09.05 davon, dass die ARGE Wilhelmshaven zusammen mit der VHS unter rund 250 Teilnehmern an einem Ideenwettbewerb zur Integration älterer Menschen in den Arbeitsmarkt den ersten Platz geschafft hat. Ein Foto zeigt den stellvertretenden ARGE-Geschäftsführer Holger Kirschen und den VHS-Direktor Werner Sabisch zusammen mit Noch-Wirtschaftsminister Clement, der ihnen ihren 1. Preis (1,8 Mio. Euro) überreicht. Am 12.09.05 erläuterte die "WZ" unter dem Titel "Gutes Konzept bringt 1,8 Mio. Euro", dass und inwiefern dieses Geld "direkt auch den betroffenen Per-

sonen zugute" kommen soll: "In Wilhelmshavener Betrieben soll dafür geworben werden, die Beschäftigung und die Verbleibquote älterer Arbeitnehmer nachhaltig zu erhöhen. Langzeitarbeitslose Männer und Frauen sollen vermittlungsorientiert für den 1. Arbeitsmarkt vorbereitet werden. Für 50 ältere Arbeitnehmer werden individuelle Eingliederungszuschüsse bereitgestellt, um sie in den ersten Arbeitsmarkt einzugliedern. 80 Menschen über 55 Jahre sollen, fachlich begleitet, Arbeitspraxis erhalten, der den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern soll. Ferner sind ein Existenzgründungsprojekt 45 plus, eine Maßnahme 'Gesundes Arbeiten im Alter' und zwei Qualifizierungsmaßnahmen mit Zertifikat für ein Konzept 'Lebenslanges Lernen' vorgesehen."

TRIANGEL

second-hand-shop

An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten, Literatur + Comics
u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel.: (04421) 4 21 84

Bekannte – Frauen nämlich, die auch schon in solchen Kursen gewesen sind. Nicht dass sie sich sträuben würde, gelegentlich mal eine solche Maßnahme mitzumachen, und die anderen Frauen sind ja auch alle nett, und es ist schön, sich wiederzusehen – aber, so wollten sie und auch die anderen Teilnehmerinnen der Maßnahme wissen (sie waren alle 18 volljährig zur ALI-Versammlung gekommen!): Ist es denn wirklich im Sinne des Erfinders, dass immer wieder dieselben Leute immer wieder dieselben Kurse machen (müssen), während andere, die auch gerne mal drankämen, leer ausgehen?

Und eine ihrer "Mitschülerinnen" fragte ergänzend, ob es vielleicht darum gehe, erprobte TeilnehmerInnen in die Kurse zu bringen, bei denen man wisse, dass sie gut mitarbeiten und nicht mittendrin abbrechen – das ist ja auch für den Träger des Kurses netter.

Herr Kirschen konnte dazu gar nichts sagen. Er ließ sich von den 18 Frauen den Namen des Kollegen nennen, der sie alle in diese Maßnahme geschickt hat, und versprach, sich darum zu kümmern.

Und noch mal äh... hm...

Eine andere Frage, die die ALI schon in ihre Einladung geschrieben hatte, war die nach den Kosten der Unterkunft. Bekanntlich sind die Sätze, die in Wilhelmshaven gewährt werden, niedriger als z.B. im Kreis Friesland und außerdem nach Meinung von Juristen niedriger, als sie dürften, und so beschäftigt diese Frage die ALI immer wieder.

Nun, die Höhe der Unterkunftskosten, die hier höchstens erstattet werden, orientiert sich, so Kirschen, an dem, was bis zum 31.12.04 das Sozialamt getragen hat, und "die Stadt kann dokumentieren, dass es in Wilhelmshaven Wohnraum gibt, der billiger ist als in der rechten Spalte der Wohngeldtabelle." Mehr konnte er dazu auch gar nicht sagen, denn hier wurde er aus dem Zuhörerkreis unterbrochen mit der Frage: "Haben Sie sich diese Wohnungen mal angesehen?" – Äh... nein, hat er nicht. Aber er wusste zu berichten, dass Vermieter bei der ARGE anrufen und Wohnungen für Alg II-Empfänger melden... Bei dem großen Wohnungsleerstand hier ist die Konkurrenz um Mieter groß!

Und dann kam wieder die obligatorische Frage aus dem Publikum, was denn mit den Umzugskosten sei, wenn die ARGE einen Alg II-Empfänger aufgefordert hat, seine Miete zu senken, und ihm nicht die volle Miete zahlt. "Umzugskosten können übernommen werden", war Kirschens Antwort. Natürlich nicht für einen Umzug mit einem Umzugsunternehmen, aber die Kosten für einen Mietlaster und einen Kasten Bier für die mithelfenden Kumpels. Keine Antwort gab es dann

schließlich auf die Frage, was passiert, wenn bei einem solchen mit Freunden durchgeführten Umzug einer der Kumpels stürzt – "kann ja mal passieren, wenn Leute, die das nicht professionell machen, Möbel die Treppen runtertragen" – und sich ein Bein bricht oder gar eine bleibende Behinderung davonträgt. "Wie ist man da versichert?", wollte der Fragesteller wissen. Und das wusste weder Herr Kirschen noch sein Kollege Schwarz, den er mitgebracht hatte. Auch darum wollte er sich kümmern.

Schade!

Leider konnte die Gegenwindlerin am 11. Oktober, als wieder ALI-Versammlung war, nichts darüber in Erfahrung bringen, ob Herr Kirschen Wort gehalten und sich erkundigt hatte. Die ALI hatte nach der Versammlung bis zum 5. Oktober dicht und das Telefon nicht besetzt, und auf dem Anrufbeantworter war nur die Ansage ohne die Möglichkeit, etwas aufs Band zu sprechen. Ernst Taux, der die September-Versammlung geleitet hatte, hatte seinerseits auch nicht bei Herrn Kirschen angerufen. Vielleicht sind die Zusage, sich um etwas kümmern zu wollen, sowie das an der Antwort bekundete Interesse nur Floskeln. Das wäre schade, denn es würde nicht gerade dafür sprechen, dass die ALI und die ARGE sich gegenseitig ernst nehmen!

Klassenmedizin

Auf diesen Begriff brachten Teilnehmer das Gesundheitswesen angesichts dessen, was Lars Loschwitz von der Deutschen Angestellten-Krankenkasse, ab 11 Uhr unterstützt von seinem Vorgesetzten, Herrn Diegel, am 11. Oktober vortrug. Das Gesundheits-Modernisierungsgesetz bringt höhere Zahlungen zu Medikamenten und Heilmitteln, beteiligt Kranke stärker an den Kosten von stationären Behandlungen, beschert weitere Einschränkungen bzw. Streckung von Leistungen.

Was wie ein Versuch der Krankenkassen aussieht, ihre Versicherten ein wenig zu entschädigen für das, was sie ihnen zumuten müssen, dient in Wirklichkeit demselben Zweck, nämlich dazu, die Kosten der Gesundheitsversorgung zu senken.

Da gibt es z.B. bei der DAK ein Bonussystem. Wenn sie diese oder jene Vorsorgemaß-

nahme wahrnehmen und sich aktiv um ihre Gesunderhaltung bemühen, z.B. an der Rückenschule oder am Lauftreff teilnehmen, dann bekommen sie Punkte, die sie irgendwann gegen eine Prämie eintauschen können. Wer am Hausarztmodell teilnimmt, spart beim Facharzt das Eintrittsgeld von 10 Euro. Und so weiter. Aber: "Wenn sich herausstellt, dass diese Maßnahmen die Kosten nicht senken, wird das wieder abgeschafft", so Diegel.

Käse

Nach vielen ALI-Versammlungen, bei denen der Saal bis auf den letzten Platz besetzt war, waren zu dieser Veranstaltung über die Veränderungen im Gesundheitswesen nur wenige gekommen. Es war ein goldener Oktobertag – vielleicht haben einige auf dem Weg zum Gewerkschaftshaus spontan beschlossen, lieber etwas für ihre Gesundheit zu tun und eine Radtour zu machen. Trotzdem ging es genauso lebhaft zu wie sonst. Als vom "Casemanager" (im Zusammenhang mit den Erläuterungen des "Disease-Management-Programms" – was weder richtiges Deutsch noch richtiges Englisch ist) die Rede war, kam aus dem Publikum die Verballhornung "Käsemanager", und es gab viele Fragen.

Die umfassendste Frage war die von Günther Kraemmer, der sich noch an Zeiten erinnert, als man einfach zum Arzt ging, ein Rezept bekam und in der Apotheke eine Mark Rezeptgebühr entrichten musste. (Günther muss jünger sein als ich! Ich erinnere mich nämlich auch noch an Zeiten, als man keine Mark beim Einlösen des Rezepts zahlen musste! - noa) Und er fragte, woran es liege, dass man heutzutage bei jeder Krankheit so viel zuzahlen muss.

Dass wir alle immer älter werden und im Alter teure Krankheiten bekommen und dass der medizinische Fortschritt das Kranksein erheblich verteuert, wie Diegel antwortete, wurde aus dem Publikum ebenfalls als "Käse" qualifiziert – der Entgegnung, dass die Krankenkassen ohne die Massenarbeitslosigkeit ein erheblich größeres Beitragsaufkommen hätten und bei vernünftigen Einnahmen auf der Ausgabenseite nicht so grausam sparen müssten, stimmte Diegel ohne weiteren Kommentar zu. Und auch der Beobachtung, dass das Sparen ziemlich viel Geld kostet, insofern das Kassieren der Praxisgebühr, das Berechnen von Eigenanteilen und Zuzahlungsobergrenzen und das viele Kontrollieren die Verwaltung verteuert, widersprach er nicht.

Ein Schnäppchen?

Da bei den gesetzlichen Krankenversicherungen keine Brillen mehr bezahlt werden und auch das, was sie bei Zahnersatz beisteuern, von Jahr zu Jahr mehr gegen Null geht, müssen Kassenpatienten entweder blind und zahnlos durch ihr Leben stolpern, oder sie müssen private Zusatzversicherungen abschließen. Die DAK kooperiert diesbezüglich mit der HanseMercur. DAK-Versicherte können bei dieser privaten Versicherungsgesellschaft die Fälle absichern, die im gesetzlichen Versicherungsschutz nicht mehr enthalten sind. Das ist nicht mal sehr teuer, und wenn die Alg II-Empfänger sich noch mehr einschränken und z.B. ihr Haustier weggeben, können sie sich das leisten. Und es gibt ein Schnäppchen obendrauf: DAK-Mitglieder bekommen bei der

HanseMercur 10 % Rabatt auf alle möglichen Versicherungen, die nichts mit Krankheit zu tun haben. □



ROCK FISCH

**MUSIKKNEIPE IM SÜDEN
DER STADT**

Mainstraße 22 - Wilhelmshaven
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr

meldungen

Achtung, Alg II-Empfänger!

Es ist dringend zu empfehlen, vor Ablauf des Bewilligungszeitraums ein Antragsformular zu holen und rechtzeitig einen Folgeantrag zu stellen. Eigentlich schickt Nürnberg den Berechtigten die Formulare beizeiten zu, aber wir haben jetzt schon von einigen Fällen gehört, in denen das nicht passiert ist. Die ARGE ist auf solche Situationen eingerichtet und hält Antragsformulare bereit. (noa)

Einschüchterung

Vom 19. bis zum 24. September war "Kundenwoche" bei Lidl. Die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) rief die Kundinnen und Kunden auf, den Lidl-Beschäftigten den Rücken zu stärken. Laut ver.di haben die VerkäuferInnen, KassiererInnen und LageristInnen von Lidl das bitter nötig, denn die Arbeitsbedingungen dort sind nicht gut. Es herrscht große Arbeitshetze, die die Beschäftigten krank macht; wer krank wird, läuft jedoch Gefahr, den Arbeitsplatz zu verlieren. Kündigungsgründe werden dann einfach erfunden. Das "Schwarzbuch Lidl" von Andreas Hamann und Gudrun Giese, herausgegeben von ver.di, ist voll von Beispielen für derlei Machenschaften.

Einen Schutz gegen Arbeitgeberwillkür könnten Betriebsräte sein. Doch der Konzern verhindert gezielt die Bildung von Betriebsräten – "von bundesweit 2.600 Lidl-Filialen gibt es nur in 8 Filialen eine gewählte Arbeitnehmervertretung", stellt ver.di fest.

Während der Kundenwoche standen ver.di-Mitglieder zeitweise vor den Lidl-Märkten in Wilhelmshaven und verteilten Solidaritätskarten an die Kunden, die diese unterschrieben und den Beschäftigten gaben. Etwa 600 dieser Karten kamen auf diesem Wege bei den Lidl-KollegInnen an.

Ein Kartenverteiler berichtet, dass während seiner "Schicht" ein Herr im Nadelstreifenanzug vorfuhr und mit den Beschäftigten des Marktes sprach. Kurz darauf kam eine Kollegin zu den Gewerkschaftern raus und bat sie (reichlich verlegen), die Aktion zu beenden – es sei doch alles in Ordnung im Betrieb. So läuft das bei Lidl! (noa)

Günstiges Baugeld

Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:
Holger Janßen Tel.: 04421 / 81144

VPV

VERSICHERUNGSGRUPPE

Die Gemeinden rund um Wilhelmshaven sind sich einig: die jüngste Gaspreiserhöhung darf nicht zum Tragen kommen. Entsprechende Beschlüsse gibt es von den Volksvertretern in Schortens, Sande und Jever; selbst der Landkreis Friesland hat sich der Verweigerungsbewegung mit einer bemerkenswerten Rede des ehemaligen Bundeslandwirtschaftsministers Funke angeschlossen. Nur Wilhelmshaven hält sich diskret zurück. Liegt es daran, dass sich im Aufsichtsrat der GEW (GEW - Gas, Elektrizität und Wasser Wilhelmshaven GmbH) führende Ratsmitglieder tummeln? Neben unserem Oberbürgermeister Menzel (Vorsitzender von Gesellschafterversammlung und Aufsichtsrat) finden wir dort Wilfrid Adam (SPD), Dr. Uwe Biester (CDU), Siegfried Neumann (SPD), Prof. Günter Reuter (CDU-Fraktionsvorsitzender) und Norbert Schmidt (SPD). Wie kann es angehen, dass der Aufsichtsrat, in dem ja nun diese gewählten Volksvertreter ihr Auskommen finden, einstimmig für die Preiserhöhungen der GEW gestimmt haben? Wem sind die Herren Adam, Biester, Menzel, Neumann, Reuter und Schmidt verantwortlich? Nimmt die GEW viel Geld ein, erhöht sich auch der ins Stadtsäckel einfließende Betrag. Und so kann man auf Erhöhungen irgendwelcher Gebühren verzichten – die BürgerInnen zahlen's über den Gaspreis. Noch Fragen? Die Bürgerinitiative gegen die Gaspreiserhöhung macht weiter mit großem Erfolg mobil gegen die Preiserhöhungen. Der folgende (leicht überarbeitete) Text war am 15. Oktober 2005 als Anzeige in der Wilhelmshavener Zeitung zu finden. (hk)

Erdgasverbraucher

Wehrt Euch weiter

gegen die Preiswillkür!

Jetzt steht die Verbrauchsabrechnung für 2005 bevor.

Wenn Sie Widerspruch eingelegt haben, achten Sie darauf, dass die Gaspreiserhöhung vom 01.08.2005 von Ihnen *nicht* bezahlt wird. Den Erhöhungsbetrag können Sie einfach errechnen, indem Sie Ihrer Jahresrechnung den Verbrauch in kWh vom 01.08.2005 bis zum Jahresrechnungsschluss (30.11.2005) entnehmen, diesen mit dem Netto-Erhörungsbetrag von 0,48 ct/kWh multiplizieren und 16 Prozent Umsatzsteuer hinzurechnen. Um diese so ermittelte Summe ist die Nachforderung von GEW zu kürzen. Besteht bei Ihnen noch eine Einzugsermächtigung, so können Sie bei jeder Bank innerhalb von 6 Wochen den Betrag zurückbuchen lassen und stattdessen den angemessenen Betrag neu überweisen. Besser ist es - auch für das nächste Jahr - die Einzugsermächtigung aufzuheben und dafür einen Dauerauftrag mit einem geringeren monatlichen Abschlagsbetrag zu erteilen. Denken Sie bitte daran, dass es sich nicht um zwölfmonatige, sondern nur um elfmonatige Abschlagszahlungen handelt!

Wir - und damit Sie - haben mit diesem Protest Maßstäbe gesetzt! Jetzt sollten sich noch diejenigen anschließen, die bisher nicht gegen die Erhöhung des Gaspreises zum 01.08.2005 Widerspruch bei GEW Wilhelmshaven eingelegt haben.

Jeder einzelne Verbraucherhaushalt muss den Widerspruch selbst einreichen. Unsere Nachbargemeinden Schortens, Sande und höchstwahrscheinlich Jever handeln jetzt gleichermaßen wie wir, nehmen Abstand von einer Weiterzahlung "unter Vorbehalt", weil das nichts bringt, und empfehlen Gleiches ihren Bürgern. - Überzeugen Sie Ihren Vermieter ebenfalls davon, wenn dieser nicht eindeutig "Widerspruch" eingelegt haben sollte. Auch in Oldenburg raten der Haus- und Grundeigentümergeverein sowie der Mieterverein, die Erhöhung nicht zu akzeptieren und nur den alten Erdgaspreis zu bezahlen.

Es ist noch Zeit für die Einreichung des Widerspruchs!

Die GEW Wilhelmshaven ist immer noch dabei, Eingangsbestätigungsschreiben zu den weit über 1000 eingereichten Widersprüchen abzusenden. Seltsamerweise bedankt sich GEW für die Widerspruchs-Schreiben, geht auf Zahlungen "unter Vorbehalt" anstelle der Zahlungsverweigerung des Erhöhungsbetra-

ges ein und erklärt, ohne einen betriebswirtschaftlichen Nachweis anzutreten, lapidar, dass deren Preise der Billigkeit gemäß § 315 BGB entsprechen und dass wegen der einbehaltenen oder reduzierten Abschlagszahlungen im Rahmen der Jahresrechnung zutreffendenfalls Nachforderungen erhoben werden.

Lassen Sie sich nicht ins Bockshorn jagen!

In Wilhelmshaven hat GEW bereits einen Verbraucher, der sich wie wir alle in seinem Widerspruch auf die Unbilligkeit der Gaspreiserhöhung gemäß § 315 BGB berufen hat, schriftlich gemahnt und schließlich binnen 7 Tagen die Gassperrung angedroht. Auf den Einspruch des Verbrauchers hin hat sich GEW 4 Wochen später entschuldigen müssen und kundgetan, es handle sich um ein Versehen, denn Sperrungen und Sperrandrohungen sind bei Widersprüchen nach § 315 BGB rechtlich unzulässig und sogar strafbar.

Gemeinden und Landkreise reiten jetzt endlich mit auf der Welle der Empörung.

Aber wo bleibt in seiner Vorbildfunktion die kreisfreie Stadt und das Oberzentrum Wilhelmshaven?

Oberbürgermeister und GEW-Aufsichtsratsvorsitzender Menzel werde munter, der Gaspreis, der muss wieder runter!

Auskünfte und neueste Informationen erhalten Sie weiterhin an jedem ersten Dienstag im Monat von der WHV-Bürgerinitiative ab 20.00 Uhr in der Gaststätte ALT SCHAAR. Dieser Termin wird regelmäßig am selben Tag in der WZ unter "Stadtnachrichten" veröffentlicht.

Die nächste Versammlung ist am 01. 11. 2005.

Zur Finanzierung dieser Anzeige in Höhe von 730 Euro sowie der Kosten für Drucke und Porto sowie weiterer Aktionen bis zur endgültigen Erreichung unseres Zieles bitten wir um Überweisung eines Kostenbeitrags in Höhe von 1 bis 10 Euro unter Angabe Ihres vollen Namens und ihrer Anschrift im Feld "Verwendungszweck" des Überweisungsträgers auf das Bankkonto **Rüdiger Ohle, Wilhelmshaven, Postbank Hamburg, Kto-Nr. 271 982-205, BLZ 200 100 20.**

Sollten Sie keinen Widerspruch-Vordruck mehr benötigen, bitte den Zusatz "ohne" vermerken.

**WHV-Bürgerinitiative
"Kampf gegen zu hohe Energiepreise"**

Anschriften:

Hans Eßer, Sven-Hedin-Str. 63, 26389 Wilhelmshaven
Rüdiger Ohle, Inostr. 60, 26388 Wilhelmshaven

Platt gemacht

Che Guevara an der Landesbühne: Ein Griff ins Klo

(iz) Wer ist eigentlich der Mann mit der Baskenmütze, dessen einprägsames Konterfei bis heute T-Shirts und Feuerzeuge ziert? Mit dieser Frage wollte sich Bühnenautorin Katharina Gericke dem Phänomen Ernesto "Che" Guevara nähern. Kein schlechter Anfang – doch was am Ende rauskam, wird dieser Persönlichkeit und ihrem historisch-gesellschaftlichen Kontext nicht gerecht.

"Gericke erteilt Vereinfachungen eine Absage", betitelt WZ-Kritiker Norbert Czyz seine Besprechung, in der er allein dreimal das Prädikat "brillant" verleiht und auch ansonsten mit Begeisterung und Superlativen nicht spart. Was Gericke beabsichtigte und was

"entlarvt Ches Ansatz von der sozialistischen Revolution als idealistisch und naiv zugleich". Darauf hat die Welt gerade gewartet. Das marxistische Weltbild wird als "vereinfacht" dargestellt; worin besteht dann das – offensichtlich davon abweichende – komplexe Weltbild der Autorin und des Kritikers? "Dazu greift sie zu Mitteln wie Ironie, Irritation und Zynismus", schreibt Czyz. Die Irritation bestand darin, dass man bis zum Ende des Stückes vergeblich auf etwas Substantielles wartete; statt dessen fiel das Niveau ins Bodenlose.

Der Absturz begann schon, als das Stück angespielt wurde. Da war die spätere Kulisse – ein grasiger, abschüssiger Urwaldhügel – noch ein Großraumbüro. Geben Sie einer 10. Realschulklasse die Aufgabe, darzustellen, dass Menschen der Bürokratie (hier gemeint: das kubanische sozialistische System) überdrüssig werden. Da kommt dann das dabei raus: Die Darsteller sitzen in Reih und Glied an stählernen Schreibtischen und vollführen im Takt die gleichen stumpfsinnigen Aufgaben – Stempeln, Abzeichnen, Ablegen (was übrigens verdächtig an das Szenario von "Sekretärinnen" erinnerte). Um plötzlich und gleich-

falls simultan die Tische umzu stoßen und davonzulaufen.. " ... eines von vielen starken Bildern mit großer Symbolkraft"? Schlichter geht es nimmer in Sachen Visualisierung.

Was Czyz als "Ironie" bezeichnet, ist Slapstick der flachsten Kategorie. "Thomas Schweins parodierte als Agent (Gonzales - red) den Pseudo-Cowboy", erwähnt Czyz unter "brillante Schauspielleistungen". Soll heißen: Schweins flippt, vermutlich vom Regisseur dazu verdonnert, mit laienhaft überzogener Mimik und Gestik und albernem Gesang durchs Bühnenbild, was dem pubertierenden Teil des Publikums stets neue Lachsalven entlockt. Seine Warnung "Wollen Sie auch in einem Sportstadion enden?" (Anspielung auf die Ermordung Salvador Allendes) bietet Stoff für einen hintergründigen "running gag" – der sich aber bekanntlich – und hier auch – tot läuft, wenn er allzu oft strapaziert wird.

"Ulrich Hüni hat die tiefgründigen Überlegungen der Autorin zu Sinn und Zweck von Ideologien und den Erfolgsaussichten von Revolutionen in einem ironischen Strudel mitgerissen, ohne sie zu verdecken", beschreibt Czyz, was Autorin und Regisseur wollten und vermutlich auch glauben erreicht zu haben. Gericke's Überlegungen sind so "tiefgründig", dass sie einem völlig verborgen bleiben. Der "Strudel" erweckt eher den Eindruck eines hilflosen Regisseurs, der ins Trudeln kommt bei dem Versuch, einen schlechten Stoff möglichst schmerzfrei zu inszenieren.

Die Leistungen einzelner Mitwirkender soll das nicht schmälern: Sei es das Bühnenbild (Diana Pähler), dessen Anblick allein Allergiker schniefen ließ, wie auch Kostüme und Maske (die unvermittelt und augenzwinkernd den "Maximo Lider" Fidel Castro in Erscheinung treten ließ). Wirklich ulkig war die live von den DarstellerInnen dargebotene akustische Urwaldkulisse. Überzeugende Charaktere lieferten – soweit der unerquickliche Rahmen es ihnen erlaubte – Oliver Hildebrandt als Che, Verena Held als Pereda, Roland Wolf als Gary Prado. Heike Clauss gab als Tanya den Marilyn-Monroe-esken

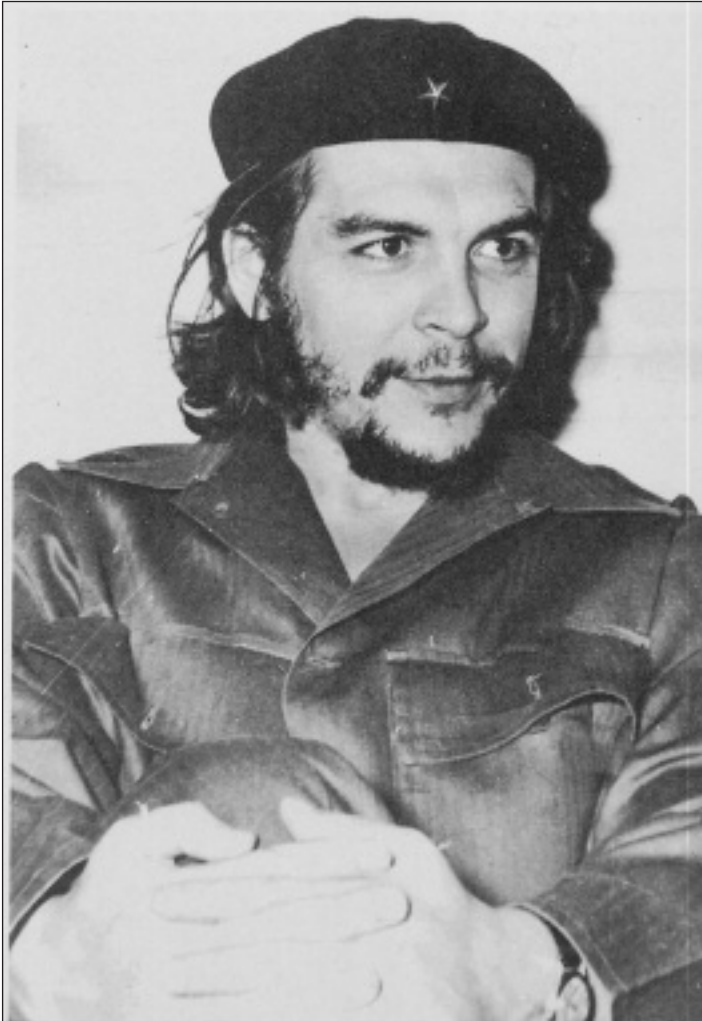
Gegenpol zu Che als Popsymbol, verlor jedoch, wie Cowboy Gonzalez, grotesk überzogen an Wirkung.

Der "Chor der Hausfrauen" ließ anfangs noch auf Brecht'sche Anleihen hoffen, blieb sich auch bis zum Ende treu – und dadurch ein Fremdkörper in dieser angeblichen "Absage an alle Vereinfachungen", die an ihrer Ober-

flächlichkeit ersticke.

Der von Czyz gepriesene "Zynismus" bestand allenfalls darin, sich über das Scheitern einer sozialistischen Idee lustig zu machen – während die multinationalen Konzerne mehr denn je ihre Siege feiern. Ihre Aktionäre würden sich zu Gericke's "Ironie" bestimmt brüllend die Schenkel klopfen.

Ein distanzierter und differenzierter Blick auf den Mythos Che, stellvertretend für viele Gegenentwürfe zu dem System, das er bekämpft und das sich seit seiner Zeit nicht wesentlich verändert hat, hätte eine großen Stoff für großes Theater geben können. Eine "kritisch-humorvolle Würdigung Che Guevaras" soll Gericke beabsichtigt haben. Dass das geht, und wie das geht, beweist der unlängst in den Kinos gezeigte Film "Die Reisen des jungen Che" ("The Motorcycle Diaries") – der einen bislang eher wenig beachteten, aber wesentlichen Ausschnitt seiner Biografie widerspiegelt. Es war sehr mutig, fast zeitgleich zu diesem Volltreffer das Thema auf die Landesbühne zu bringen. Es war wagemutig von Gericke, sich aus einem offensichtlich äußerst beschränkten Blickwinkel heraus an den Stoff zu wagen. Und der Versuch ist voll in die Hose gegangen. □



Katharina Gericke, Autorin des Stückes "Che oder der Stern an der Boina"

Regisseur Ulrich Hüni draus gemacht hat, beschreibt der Kollege durchaus zutreffend; ob man das toll findet, ist eine andere Sache.

Eine "Persiflage auf den Marxismus" soll Gericke's Stück sein, liest man im Programmheft. Wozu soll das gut sein, wenn es sich, in Zeiten von Hartz IV, nicht gleichzeitig mit dem Kapitalismus befasst? Diese isolierte, rein destruktive "Auseinandersetzung" mit dem Marxismus ist ebenso anachronistisch wie uninteressant.

"Von Soldaten ... gejagt wie die Hasen, finden Che Guevara (Oliver Hildebrandt) und seine Getreuen ... immer wieder Zeit und Gelegenheit, sich sowohl mit sich selbst, ihren Liebchaften als auch mit vereinfachten Weltbildern und sozialen Ungerechtigkeiten zu befassen." Was ist daran neu und überraschend? Wer erwartet denn, Revolutionäre würden schießen statt reflektieren und überdies im Zölibat leben? Weiter geht's: Gericke

Ratssplitter

**Vom 21. September 2005
zusammengekehrt von Imke Zwoch**

Kinder, wie die Zeit vergeht! Die erste Ratssitzung nach der Sommerpause, und schon thronte ein Engel vor dem Platz von Ratsfrau Ulla Aljets. War aber gar kein Weihnachts-, sondern ein Friedensengel, ein Geschenk unserer polnischen Partnerstadt Bydgoszcz. Lesen Sie, was dem geflügelten Botschafter an diesem Tag so alles zu Ohren kam.

Vorzeitig

Vor 40 Jahren wurde in der Hoffnung auf umfangreiche Industrieansiedlungen der Rüsterei Groden aufgespült. Vom Kraftwerk und der Chlorgasanlage mal abgesehen, interessierte sich die Wirtschaft aber kaum dafür. Umso mehr die Natur. Im Schutz des (ökologisch vorteilhaften) Dornröschenschlafs entwickelte sich insbesondere auf der Teilfläche zwischen Niedersachsendamm und Gleisstrasse eine große Arten- und Strukturvielfalt mit naturnahen, seltenen und besonders geschützten Biotoptypen sowie gefährdeten Tier- und Pflanzenarten, darunter auch Orchideen.

Doch nun kommt der JadeWeserPort und damit der (schon 2003 mit dem Strukturkonzept beschlossene) Aufschwung für die Grodenflächen. Deshalb befürwortete der Rat jetzt – mit einer Gegenstimme – eine Änderung des Flächennutzungsplans für den Bereich des nördlichen Rüsterei Groden, mit dem Zweck "der Sicherung einer nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt, und eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung, einer menschenwürdigen Umwelt sowie dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen auch in Verantwortung für den allgemeinen Klimaschutz ..." Neben der Darstellung von gewerblich-industriellen Bauflächen, Verkehrsstrassen und

Bahnanlagen soll die Planung auch "Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft" darstellen. Wie putzig: Was die Natur über Jahrzehnte ohne die Hilfe bleistiftschwingender Stadtplaner geschafft hat, wird jetzt platt gemacht und voraussichtlich durch künstliche Sicht- und Lärmschutzpflanzungen ersetzt. Ratsherr Tjaden (parteilos) störte vor allem, dass dabei auch ein Naherholungsgebiet – der (ehemalige) Campingplatz, die angrenzende bepflanzte Schutzzone und die Parkplatzflächen – überplant wird, "ohne Grund", denn mehr als eine Betonmischanlage ist derzeit nicht in Sicht, und dem Containerhafen räumt Tjaden auch nicht viel Chancen ein.

Unvollständig

Ratsherr von Teichman (FDP) lehnte es ab, den Verwaltungsrat der Sparkasse Wilhelmshaven für das Geschäftsjahr 2004 zu entlasten. Er bemängelte, dass ihm die für eine Beurteilung erforderlichen ausführlichen Berichte nicht vorgelegen hätten. Oberbürgermeister

"Nachdem schon soviel gesagt wurde, muss ich natürlich auch noch was sagen."

SPD-Sprecher Siegfried Neumann zum TOP WEB

ter Menzel hielt ihm entgegen, der Geschäftsbericht sei vorgelegt worden. Außerdem dürfe man die Informationen über "viel Geld und Kredite" nicht öffentlich behandeln. Abschließend belehrte er den FDP-Mann: "Nichtwissen ist kein Grund zur Enthaltung." Aha.

Fahrplanmäßig

Auch für die Werksleitung der städtischen Entsorgungsbetriebe wurde Entlastung beantragt. Angesichts des positiven Betriebsergebnisses (über 840.000 Euro Jahresgewinn) räumte Professor Reuter (CDU) ein, die Auflösung städtischer Ämter zu Gunsten einer privatwirtschaftlichen Führung habe sich bewährt. Trotzdem müsse man weitere Privatisierungen kritisch hinterfragen, "Gas, Strom, Wasser, Entsorgung sind schließlich Teil der Daseinsvorsorge". Der Gewinn fließt zum Teil in die Rücklagen, fast 500.000 Euro werden zur Verzinsung des Eigenkapitals ausgeschüttet. Von Teichman würde ihn lieber den Bürgern zukommen lassen. Die derzeitige Praxis ist für ihn "eine Quersubventionierung defizitärer Bereiche" wie z. B. der Verkehrsbetriebe.

Auf die Stichwörter "Holding" und "Privatisierung" reagierten die Fraktionssprecher

dann mit dem altbekannten Schlagabtausch altbekannter Positionen – Reuter sieht's kritisch, von Teichman skeptisch, Neumann pragmatisch, und der OB hat das letzte Wort. Das lautete diesmal: "Der Verkauf der Jade-Wohnungsbaugesellschaft war kei-

ne Meisterleistung." Der befreite zwar die Stadt von ihren 100 Mio Mark Schulden, aber allein für dieses Jahr steht sie schon wieder mit 12 Mio Euro in der Kreide und die damals zugesicherten Rechte für Mitarbeiter- und MieterInnen auf der Kippe, weil die Jade nun schon zum zweiten Mal weiterverkauft wurde. (s. GEGENWIND 211 "Ausgesaugt") Trotz allem Geplänkel gab es, wie Ratsvorsitzender Schmidt nicht ohne Ironie bemerkte, "wie so häufig einen einstimmigen Beschluss".

Einstimmig

Der Elektro-Fachmarkt in der "Pyramide" platzt aus allen Nähten, kann sich aber am dortigen Standort nicht erweitern. Statt dessen will das Unternehmen an einem neuen Standort am Heuweg die Verkaufsfläche auf 3000 m² mehr als verdoppeln. Der Rat brachte einstimmig die erforderlichen Planungen auf den Weg. Auch eine Betriebsansiedlung am Bohnenburger Deich fand entsprechende Unterstützung.

"Der Verkauf der Jade-Wohnungsbaugesellschaft war keine Meisterleistung."

Oberbürgermeister Eberhard Menzel

Sinnig

"Zum Entsorgungszentrum" soll die Straße zum neuen Entsorgungszentrum benannt werden, "da dieser Name eine Affinität zu den bereits vorhandenen Straßen in dem Bereich des Friesendamms aufweisen würde ("Zur Raffinerie", "Zum Kraftwerk", "Zum Ölhafen", "Zum Terminal)". In der Tat. Nicht zu vergessen "Zur Kaiser-Wilhelm-Brücke". Das nenne ich Verwaltungsvereinfachung.

Vielschichtig

Mehr als 5,3 Mio Euro an Nachbewilligungen wurden dem Rat zur Zustimmung vorgelegt. CDU-Sprecher Reuter empfindet das so entstandene diesjährige Haushaltsloch von etwa 12 Mio Euro als "bedrohlich". Von Teichman bezeichnete den Antrag als "rechtswidrig", weshalb seine Fraktion nicht zustimmen könne. Die Ausgaben seien nämlich weder unvorhergesehen noch unabweisbar, noch gab es Deckungsvorschläge. Laut Nds. Gemeindeordnung müsse da auch der Oberbürgermeister Einspruch erheben. Der Löwenanteil der Nachbewilligungen be-

"Ich kann das Wort 'Arbeitsplätze' nicht mehr hören."

Kämmerer Heiko Hoff

trifft allerdings Ausgaben, zu deren Leistung die Stadt nach dem Grundsicherungsgesetz, dem Sozialgesetzbuch und dem Kinder- und Jugendhilfegesetz verpflichtet ist. Deshalb verwies Reuter auf das Konnexitätsprinzip (d. h. von Bund oder Land auf die Kommunen übertragene Aufgaben müssen entsprechend bezuschusst werden). Neumann kritisierte, dass dieses im Landtagswahlkampf von CDU und FDP versprochen worden, aber bis heute nicht umgesetzt sei.

Neben dem Anstieg der Fallzahlen bei der Hilfe zur Erziehung, Erwerbsunfähigen und Arbeitssuchenden wurden für diese Positionen, wie auch für die rasant gestiegenen Bewirtschaftungskosten der Schulen, die gestiegenen Gaspreise zur Begründung herangezogen. Und das, obwohl, wie Neumann

Neu-Gründung

**Am 10. September 2006 ist
Kommunalwahl!**

Ein wichtiger Termin für Wilhelmshaven!

Ich trete am 10. September 2006 wieder an!

Sie haben meine Anzeige im letzten GW gelesen?

**Treten wir, die wir Wilhelmshaven noch nicht aufgegeben
haben, gemeinsamen als "Gruppe" an?!**

**Die Gründungsversammlung findet am 10. Oktober 2005
ab 19.00 Uhr in der Gaststätte "Am Kreuzelwerk" statt.**

Nähere Informationen bei

Joachim Tjaden Ratsherr (parteilos)

Sengwarder Str. 92, 26388 Wilhelmshaven

www.Joachim-Tjaden@freenet.de

lobend erwähnte, durch das so genannte Contracting mit dem hiesigen Energieversorger GEW Maßnahmen zur Wärmedämmung umgesetzt und so z. B. am KKG der Energieverbrauch halbiert werden konnte. Spült die Nachbewilligung aus dem städtischen Haushalt also Gewinne in die Kasse der städtischen Tochter GEW? Nein, erklärte Kämmerer Hoff, deren Gewinne käme aus der Eigenkapitalverzinsung – die Gaspreiserhöhungen seien nur kostendeckend. (Frage am Rande: Warum entschließt sich die Stadt bzw. deren privatisierte Tochter nicht, dem Beispiel der Nachbarkommunen Schortens, Jever und Sande folgend, zu einem Preisboykott gegenüber dem Gaslieferanten? - red) Hoff hielt von Teichmann entgegen: "Wer konnte Hartz IV vorhersehen oder die Erhöhung der Erdölpreise?" Und: Nachbewilligungen seien beim Verwaltungshaushalt auch ohne Deckungsvorschläge möglich, wenn der Haushalt nicht ausgeglichen sei. Der Rat stimmte den Nachbewilligungen bei drei Enthaltungen zu.

Ein Rätsel bleibt uns, weshalb die 75.000 Euro Nachzahlung an die GEW für die Wärmelieferung an das Hallenbad Sportforum für 2001 (!) nicht vorhersehbar waren. Die Abrechnung wurde zwar erst 2005 übersandt – aber dass da in dieser Größenordnung noch was offen ist, hätte bei der Aufstellung des Haushaltsplanes für 2005 eigentlich jemandem auffallen müssen.

Fragwürdig

erschien der CDU-Fraktion die geplante Änderung der Rechtsform der VHS. Ihre "Kleine Anfrage" beantwortete Dezernent Graul:

Bundesweit müssten sich die Volkshochschulen dem verschärften Wettbewerb in der Weiterbildung stellen. Deshalb soll, wie andernorts auch, die VHS in eine gemeinnützige GmbH umgewandelt werden. Parallel soll das Hauptgebäude modernisiert und ein Qualitätsmanagement eingeführt werden. "Als Zeitpunkt der Umstellung ist der 1. Juli 2006 realistisch." Bei der Neubesetzung von Stellen könnten dann eigene tarifliche Regelungen zur Anwendung kommen. So könne man in Ausschreibungen "wettbewerbsfähigere" Angebote abgeben. Man erhofft sich auch, dass der Anteil von Drittmitteln (derzeit 30% des Gesamtetats) ausgeweitet werden kann, wie z. B. aktuell bei dem Ideenwettbewerb "Beschäftigungspakte für Ältere in den Regionen" des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit.

Das Stammpersonal der VHS wird "nach dem bisherigen Stand der Überlegungen" personalwirtschaftlich nicht in die geplante gGmbH integriert und ist somit von tarifrechtlichen Änderungen nicht betroffen. Anders sieht es aus bei Neubesetzungen und Zeitverträgen. Graul abschließend: "Der Bildungsauftrag der VHS, ihr bisheriges Seminarangebot ist in der neuen Rechtsform nicht gefährdet. Inhalt, Umfang und Qualität können im Gegenteil erhalten und durch die Möglichkeiten des flexibleren Handelns ... noch verbessert werden." Wir wollen ja nicht unken – aber angesichts der Erfahrungen aus anderen Bereichen, die aus dem städtischen Betrieb ausgegliedert wurden, ist nicht auszuschließen, dass die angestrebte Kostendämpfung letztendlich doch zu Lasten der MitarbeiterInnen gehen wird.

Denkwürdig

Die Einwohnerfragestunde nutzte Horst Radmer erstens für folgende Anfrage: Warum das städtische Tourismuskonzept nicht mit Bürgerinnen und Vereinen diskutiert und abgestimmt wird? Dazu Graul: Das derzeitige Konzept sei 1997 vom Rat beschlossen und jetzt "erledigt bzw. abgearbeitet". Das neue Konzept sei "in Arbeit" und solle mit "Gastronomie, Einzelhandel und Wirtschaftsförderung" abgestimmt werden. Irgendwie auch ne Antwort. Radmer zweitens: Menzel habe in der Ratssitzung vom April 2005 Toiletten für den Geniusstrand zugesagt, das Versprechen aber nicht gehalten. Dazu Menzel: Die erforderlichen 40.000 Euro seien nicht finanzierbar gewesen. (Logisch – denn 24.000 Euro davon wurden schon verbraucht, um die vorhandenen Sanitärgebäude abzureißen ... - red) Aber jetzt kommt's richtig prall: Menzel DANKTE Ratsherr Tjaden, durch dessen Einsatz von privater Seite ein Imbisswagen und Toiletten für die Strandbesucher bereit gestellt werden konnten. Und die Stadt war dann noch so nett, wie Menzel stolz erzählte, der Betreiberin keine Gebühren abzuzocken. Das wär's auch noch gewesen: Einen verregneten Sommer lang mit Imbiss und Klosetts zwischen den Abrisswänden von "Gertis Strandhaus", Campingplatz und Sanitärhäuschen ausharren und dann noch kräftig Gebühren dafür abdrücken – dieser "Horrortrip" (Menzel) blieb der Betreiberin erspart. Was keine städtische Heldentat, sondern selbstverständlich ist. Sei's drum – für die offen und öffentlich ausgesprochene Würdigung des Außenseiters (weil JadePort-Kritikers) Tjaden gebührt Menzel ein ☺.

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Leute, die ökologische und alternative Politik wünschen!

Im nächsten Jahr (Sept. 2006) ist Kommunalwahl. Darauf bereiten sich jetzt schon nicht nur die etablierten Parteien vor, sondern auch diejenigen, die dieses Mal in den Rat wollen, um etwas zu erreichen. Zu den Letzteren gehören die WASG und die Linkspartei, gehört eine Gruppierung unzufriedener BürgerInnen, die Joachim Tjaden gerade gründet, mögliche weitere Formationen und natürlich die WALLI. Der niedersächsische Landtag berät derzeit übrigens über eine Novellierung des Kommunalwahlgesetzes, um den kleineren Parteien und Gruppierungen das politische Leben erheblich zu erschweren.

Der Sinn unseres Schreibens heute ist folgender: Wir möchten versuchen, alle ökologisch und alternativ denkenden und handelnden

Menschen von Wilhelmshaven an einen Tisch zu bringen, um zu beraten, wie wir zusammen mehr erreichen können, als jede/r für sich allein.

Um den Rahmen unserer Initiative kurz zu skizzieren: Es geht darum, zu klären, wie ökologische und alternative Themen in Wilhelmshaven mehr Gewicht bekommen können. Sei es durch einen runden Tisch, sei es durch einen ökologischen Flügel einer bestehenden Partei oder WählerInnengemeinschaft, sei es durch Organisation von Öffentlichkeit o. ä.

Die WALLI macht das Angebot eines ökologisch-alternativen Arbeitskreises.

Wir bitten euch, dieses Angebot weiter zu verbreiten und laden zu einem ersten Treffen

am 17.11. 2005 um 20.00 Uhr in die

Gaststätte

"Am Kreuzelwerk"

ein.

Treffen der WALLI:

Jeden 1. u. 3. Donnerstag im Monat
um 20.00 Uhr in der Gaststätte

"Am Kreuzelwerk"
Freiligrathstr. 432, WHV



WALLI

Wilhelmshavener Alternative Liste

Tel./Fax: 04421 879249

E-Mail: w.alli@web.de

Internet: walli-whv.de

JadeWeserPort oder JadeWeserFort ??

(bi jwp) Niedersächsische Landesregierung gibt auf – Voslapper Groden wird Vogelschutzgebiet

Nach langjähriger Verweigerung gegenüber einer EU-Forderung hat die Niedersächsische Landesregierung Ende September endlich beschlossen, den Voslapper Groden als Vogelschutzgebiet zu melden. Bereits im Dezember 2001 wurde die Bundesrepublik Deutschland aufgefordert, u.a. den Voslapper Groden mit einer Größe von 796 ha als Vogelschutzgebiet auszuweisen. Diese Aufforderung wurde nach Hannover weitergeleitet. Aber selbst die Androhung eines Bußgeldes hat Niedersachsen bislang nicht zum Einlenken bewegen können. Ende September 2005 – nach knapp 4jähriger Weigerung – ist Niedersachsen der Forderung der EU nachgekommen.

Welche Auswirkungen hat die Entscheidung der Landesregierung auf die Planungen des JadeWeserPort?

Die Planer bei Stadt und JWP-Realisierungsgesellschaft müssen umdenken, da sie den Voslapper Groden nicht mehr in ihre Planung einbeziehen können, weder für hafenbezogenes Gewerbe (Ziel der Bauleitplanung der Stadt Wilhelmshaven), noch für die Bahnanbindung (Konzept der JWP-Realisierungsgesellschaft). Die Stadt wird ihre diesbezügliche Bauleitplanung aufgeben müssen, die Verkehrsplaner werden sich um eine andere Trasse kümmern müssen. Nur so kann den Belangen eines EU-Vogelschutzgebietes Rechnung getragen werden. Diese notwendigen Umplanungen werden eine erneute Planauslegung (Planänderungsverfahren) notwendig machen, wodurch zwangsläufig wieder mehrere Monate Verzögerungen eintreten. Dies zeigt wieder einmal, mit welcher "heißen Nadel" der JadeWeserPort, geradezu dilettantisch konzipiert wurde und mangelnde Sorgfalt nun zu erheblichen Verzögerungen führt.

Diese zeitlichen Verzögerungen werden zeigen, wie überflüssig der JWP ist, denn sowohl Hamburg als auch Bremerhaven bereiten sich zwischenzeitlich insgeheim auf die

nächste große Containerschiffgeneration vor, die gemäß Planern des JWP aufgrund ihres Tiefgangs angeblich zukünftig nur noch nach Wilhelmshaven fahren können. Diese Annahme erweist sich als falsch.

Welche Auswirkungen hat die Entscheidung der Landesregierung auf die Planungen der Stadt Wilhelmshaven ?

Die 56. Änderung des Wilhelmshavener Flächennutzungsplans geht im Voslapper Groden von falschen Voraussetzungen aus. Die Ausweisung als Industriegebiet ist rechtswidrig. Damit kann der Flächennutzungsplan so nicht mehr aufrechterhalten werden und muss grundlegend überarbeitet werden.

Das Strukturkonzept der Stadt Wilhelmshaven basiert auf der Änderung des Flächennutzungsplanes und ist somit in wesentlichen Teilen haltlos geworden. Aus diesem Konzept entwickeln sich verschiedene Bebauungspläne, die nun auf ihre Rechtmäßigkeit und Sinnhaftigkeit überprüft werden müssen.

Bereits heute ist sicher, dass der Bebauungsplan 210 (Voslapper Groden) rechtswidrig ist. Gerade auf dem Hafengroden und

dem Voslapper Groden sollte die Industrieansiedlung des JadeWeserPort erfolgen. Hier sollten die Wertschöpfungsmöglichkeiten mit "Tausenden" von Arbeitsplätzen entstehen. Ohne dieses Gebiet bleibt der JWP ein reiner Transshipment-Hafen ohne lokale Wertschöpfung. Insidern war ohnehin schon lange klar, dass mangels lokalem Transportaufkommen und suboptimalen Hinterlandverbindungen die Träume Wilhelmshavens zur Ansiedlung einer nennenswerten Zahl hafengebundener Firmen mit einer Vielzahl von Arbeitsplätzen zu einem unrealistischen Wunschtraum geworden ist.

Die Aufhebung des Bebauungsplans 76 – Naherholungsgebiet Geniusbank – ist vorzeitig erfolgt und war unter den neuen Rahmenbedingungen völlig unnötig. Die realen Einnahmequellen durch den Campingplatz und den Geniusstrand wurden im voraussehlenden Gehorsam für einen Traum geopfert. Hier sind bereits Arbeitsplätze vernichtet worden. Einnahmequellen aus dem touristischen Angebot im Stadtnorden wurden leichtfertig aufgegeben. Damit haben sich die Umsätze der Geschäftsleute im Stadtnorden z.T. drastisch reduziert.

Diese Entscheidungen der Stadt Wilhelmshaven sind getroffen und eingeleitet worden, obwohl die Bürgerinitiative "Bürger gegen den JadeWeserPort" rechtzeitig und umfassend auf die Wahrscheinlichkeit hingewiesen hat, dass der Voslapper Groden unter besonderem Schutz steht. Gleichzeitig haben wir die Stadt aufgefordert, alle Aktivitäten einzustellen, bis die endgültigen Entscheidungen der Europäischen Union und der Niedersächsischen Landesregierung getroffen worden sind. Nun hat die Stadt das Nachsehen, und wieder einmal wurden Steuergelder unnötig verplempert.

Die Bürgerinitiative wird die Rechtmäßigkeit der Aufhebung des Bebauungsplans 76 juristisch prüfen lassen. Gleichzeitig werden wir die Prüfung von "vorsätzlichen Planungsfehlern" einleiten. □

Europäische Kommission untersucht die Betreiber Vergabe

Eine Petition der Bürgerinitiative "Bürger gegen den JadeWeserPort" wurde vom Europäischen Parlament zugelassen.

Der in Wilhelmshaven geplante Containerhafen "JadeWeserPort" wird ca. 600 Mio. Euro aus Steuergeldern verschlingen. Notwendige Investitionen und freiwillige Leistungen des Landes Niedersachsen fallen dem Rotstift zum Opfer; aber kein Politiker traut sich, "die Heilige Kuh" zu hinterfragen. Bei einer Startinvestition dieser Größenordnung muss aber sichergestellt sein, dass die Folgekosten dieses Projektes für den Steuerzahler im erträglichen Rahmen bleiben. Um das zu erreichen, müssen mindestens folgende Randbedingungen erfüllt werden:

Eine möglichst hohe Zahl neuer Arbeitsplätze muss in Wilhelmshaven entstehen.

Die Miet-, Pacht- und Gebühreneinnahmen müssen mindestens so hoch sein, dass sie die Unterhaltungskosten für die Hafennähe decken.

Die Wertschöpfung muss in Hafennähe stattfinden.

Diese Bedingungen werden weitestgehend

durch den Betreiber des Hafens bestimmt. Somit kommt der Vergabe der Betreiberlizenz mit 40jähriger Laufzeit eine besondere volkswirtschaftliche Bedeutung zu. Die Auswahl des Betreibers wird durch die JadeWeserPort-Realisierungsgesellschaft erfolgen. Genau an dieser Stelle setzt die Kritik der Bürgerinitiative ein.

Die personelle und organisatorische Verflechtung der Akteure lässt die Gewissheit vermissen, dass die absolute Unabhängigkeit gewährleistet ist.

In der Realisierungsgesellschaft sind das Land Niedersachsen mit 50,1% und Bremen-Ports mit 49,9% vertreten.

BremenPorts ist eine 100%-Tochter des Landes Bremen. Gleichzeitig ist die Bremer Lagerhaus Gesellschaft eine 50,4%-Tochter des Landes Bremen. Der restliche Anteil gehört Eurogate. Genau diese Firma Eurogate bewirbt sich als "aussichtsreicher" Bewerber als Betreiber des JadeWeserPort.

Der Geschäftsführer der JadeWeserPort-Realisierungsgesellschaft, Helmut Werner, ist langjähriger Mitarbeiter von Rhenus Midgard in führenden Positionen gewesen. In dieser Eigenschaft hat er sich für die Errichtung eines Containerhafens in Cuxhaven eingesetzt.

Diese Verbindungen müssen nicht zwangsläufig hinderlich sein. Gerade aus diesem Grund halten wir es für sinnvoll, die Einzelverbindungen durch Unabhängige prüfen zu lassen. Die Tatsache, dass bereits ein Mitglied die Auswahlkommission verlassen hat, zeigt, dass auch hier handwerkliche Fehler gemacht worden sind.

Der Petitionsausschuss des Europäischen Parlaments ist der Auffassung der Bürgerinitiative gefolgt und hat die Betroffenheit der Europäischen Union bestätigt. Gleichzeitig hat der Ausschuss die Europäische Kommission um Auskunft "über die verschiedenen Aspekte der Angelegenheit" gebeten.

Die Bürgerinitiative "Bürger gegen den JadeWeserPort" hat den Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen gebeten, unter dem Gesichtspunkt der prekären Haushaltssituation des Landes alle Aktivitäten bezüglich der Betreiberwahl bis zu endgültiger Klärung durch die EU einzustellen. Entscheidungen zur Betreiberwahl können und dürfen nur unter Vorbehalt getroffen werden.

Der vollständige Schriftverkehr ist auf der Internetseite unter www.antiport.de nachzulesen.

Fit For Fun?

Fahrradklimatest 2005 – schlechte Noten für Wilhelmshaven

(ub) Wilhelmshaven taucht mal wieder landesweit in den Negativschlagzeilen auf. Diesmal wegen des Zustandes seiner Radwege – der ist katastrophal. In einer bundesweiten Umfrage hatten der Allgemeine Deutsche Fahrradclub (ADFC) und der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) ermittelt, wie fahrradfreundlich Deutschlands Städte sind. Ergebnis: Wilhelmshaven belegt in der Kategorie der Städte bis 100 000 Einwohner den 92ten und damit vorletzten Platz. Fritz Oeltermann, Kreisvorsitzender des ADFC in Wilhelmshaven, nennt dem Gegenwind einige Gründe.

In der groß angelegten Untersuchung des ADFC wurden diesmal 26 000 Fragebögen ausgewertet. Gefragt wurden radelnde Verkehrsteilnehmer zum Verkehrsklima in ihrer Stadt, zur Sicherheit, zum Komfort (Abstellmöglichkeiten, Baustellenumleitung, Mitnahme der Räder in öffentlichen Verkehrsmitteln), zum Stellenwert des Radverkehrs (fahrradfreundliche Ampelschaltungen), und zur Infrastruktur (geeignete Wegweiser etc.).

Die Auswertung der Fragebögen ergab allerschlechtesten Noten für Wilhelmshaven in fast allen Belangen. Fritz Oeltermann sagt



**Reparaturen
aller Fabrikate**
spez. Volvo und Renault

Reifendienst
Achsvermessung
TÜV/AU
Abschleppdienst
Klima-Service

Schwarzhamm 2 Hooksiel
Tel. 04425 990870 Fax 990872
www.tenge-strohbach.de

Tenge & Strohbach
Kfz-Technik

dazu: "Die Radwege in Wilhelmshaven sind überwiegend in einem schlechten Zustand. Und von einem Radwegenetz kann hier erst gar nicht gesprochen werden. Es gibt keine durchgehenden Verbindungen. Das ist alles Stückwerk." Neu angelegte Straßen sind in erster Linie autofreundlich. Der Rad fahrende Verkehrsteilnehmer findet ständig neue Behinderungen vor. Weil Pfosten zu eng gesetzt werden, müssen Fahrräder mit Kinderanhänger umkehren. Durchfahrtsperren, gebaut um motorisierte Mitmenschen am Weiterfahren zu hindern, zwingen auch Tandemfahrer (nicht selten fahren Blinde und andere Behinderte auf dem Sozus eines Tandems) zum Absteigen. Zu hoch gesetzte Bordsteine lenken ab von der Konzentration auf andere Verkehrsgefahren.

Oeltermann: "Bei Straßenerneuerung und Ausbesserungen fehlt das nötige Fingerspitzengefühl für die Anliegen der Radfahrer." Viele Gründe also, die Radwege erst gar

nicht zu nutzen. Doch, so Oeltermann: "Das einfache Autostraßensystem mit breiten und geraden Straßen in Wilhelmshaven ist ein Angebot an den Autofahrer zum Schnellfahren. Viele Radfahrer meiden deshalb aus Angst die Straßen oder benutzen zum Radfahren auch die Gehwege."

Dass es auch anders geht, zeigen vergleichbare Kommunen in der Region. Westerstede (Platz 3 auf der Fahrradklimahitliste), Leer (10) und Emden (15) schneiden mit guten Durchschnittsnoten ab. Bei den größeren Städten kommt Oldenburg auf Platz 2, und auch Bremen wird vorbildlich in der Kategorie der Großstädte mit Platz 5 gelistet. Um abzugucken, wie es geht, gäbe es also genügend Städte und Gemeinden, die mit dem Fahrrad erreichbar sind.

Die Stadt hat bekanntermaßen akute Geldsorgen – düstere Aussichten also für auf Besserung hoffende Radler? "Es muss zwar nicht alles neu", so Fritz Oeltermann gegenüber dem Gegenwind, "aber es müsste eine Optimierung stattfinden." So wie Anfang der 80er Jahre, als es einen Radwegeplan gab und jemand zuständig war für eine planerische Gestaltung des Radwegesystems in Wilhelmshaven. Eine Analyse über hauptsächliche Radverkehrströme wäre notwendig. Darauf aufbauend könnte der Radverkehr gezielt geleitet werden. Auf Strecken mit wenig Kreuzungen und Autoverkehr. Wenn dann im Straßenbau bei Straßenerneuerungen mit Firmen zusammengearbeitet wird, die die Problemlagen der Radfahrer kennen und berücksichtigen, wäre einiges möglich. Fritz Oeltermann will noch in dieser Woche erneut beim Stadtbaurat Klaus Kottek vorstellen werden. Kommt der nicht aus Schleswig-Holstein? Die Stadt Kiel jedenfalls liegt auf Platz 2 der Fahrradklimatabelle 2005, übertroffen nur noch von Münster, das auch in diesem Jahr wieder als fahrradfreundlichste Stadt ausgezeichnet wurde. □

Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak
Legasthenietherapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70

leserbrief

Radfahrer verbannt!

Der ADFC begrüßt grundsätzlich die Absicht der Polizei, gegen das Fehlverhalten vieler Radler im Straßenverkehr vorzugehen! Auffällig ist in Wilhelmshaven besonders die unzulässige Nutzung der Gehwege, sogar unter Einsatz der Klingel gegenüber Fußgängern. Auch das Fahren in der Dunkelheit ohne eingeschaltete Beleuchtung ist eine Unsitte, die dem Ansehen des Radverkehrs nachhaltig schadet. Wir wünschten uns für die Kontrollen allerdings verstärkt Polizeistreifen auf dem Fahrrad. Uns ist bekannt, dass dies angesichts der personellen Ausstattung der Polizei nicht ganz leicht ist, doch versprechen wir uns von solchen Streifenfahrten eine weit höhere Effektivität als mit dem PKW. Das fehlerhafte Verhalten vieler Radler, das übrigens bei allen Altersgruppen anzutreffen ist, hat mittelbar aber auch mit den desolaten Zuständen unserer Radwege einerseits und dem oft sehr aggressiven Fahren des motorisierten Verkehrs - besonders in 30-km/h-Zonen - zu tun (Frage an die Stadtverwaltung: Wie aktiv wird die "Radarpistole" in diesen Zonen eingesetzt?). Auffallend ist auch, dass offenbar sehr viele Rad- und Autofahrer wenig über die eigenen Rechte und Pflichten im Straßenverkehr sowie über die des jeweils anderen wissen (oder wissen wollen). Erst kürzlich wurde im bundesweiten Fahrradklimatest Wilhelmshaven auf den vorletzten Platz von 93 in die Wertung genommenen Städten zwischen 50.000 und 100.000 Einwohner gesetzt. Angesichts der geradezu üppigen Verkehrsinfrastruktur dieser Stadt ein blamables Ergebnis!

Der ADFC gibt die Hoffnung nicht auf, dass eines Tages auch in Wilhelmshaven das Fahrrad als hervorragendes Nahverkehrsmittel, das nicht nur Gesundheit und Umwelt positiv beeinflusst, sondern auch der Kommune viele Kosten ersparen kann, zur Geltung kommt! Vielleicht entdeckt die Kaufmannschaft in der Innenstadt irgendwann, dass auch Radler "hier kaufen", nachdem es ihr gelungen ist, diese weitgehend aus der Fußgängerzone (Mozart-, Kieler- und Grenzstraße) zu verbannen...

Ein Blick über den Tellerrand auf die Lösungen anderer Kommunen könnte den Gesichtskreis einiger Verantwortlicher gewiss erweitern - schmerzfrei!

Fritz Oeltermann
ADFC-Kreisverband Wilhelmshaven
Schulstraße 14 a
26384 Wilhelmshaven
Tel./Fax: 04421-
7798308



Und jetzt?

Die WASG freut sich über ein gutes Wahlergebnis – wie geht es nun weiter?

(noa) Die Linkspartei hat, angereichert durch Kandidaten der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit, die 5 %-Hürde genommen und ist mit 54 Abgeordneten in den Bundestag eingezogen, 12 von ihnen WASG-Mitglieder. Darüber, wie es zwischen Linkspartei und WASG weitergehen soll, sprach der Gegenwind mit Werner Dalichow, Mitglied des WASG-Landesvorstandes.

Gegenwind: Herzlichen Glückwunsch zu eurem guten Wahlergebnis in Wilhelmshaven! Ihr habt hier deutlich über dem Durchschnitt der Bundesrepublik (alt) gelegen. Wie erklärt ihr euch das?

Dalichow: Das war ja nicht nur in Wilhelmshaven so, sondern in allen kreisfreien Städten mit Ausnahme von Osnabrück, wo wir nur etwas über 3 % haben. In Oldenburg haben wir sogar noch weit besser als in Wilhelmshaven abgeschnitten, deutlich über 6 %. Dagegen hat das platte Land eher traditionell gewählt.

Ihr denkt also, eure Idee ist auch im Westen verbreitet, und das macht sich in den Städten eher bemerkbar als auf dem Land?

Richtig. Bis auf das Saarland. Da haben wir ja 18 % geholt.

Naja, das ist Lafontaine.

Ja, das ist Lafontaine – obwohl er da ja nicht kandidiert hat. Wohl als Direktkandidat in Saarbrücken, aber auf der Landesliste war er in Nordrhein-Westfalen.

Nun muss man ja realistisch sein. Insgesamt in den westlichen Bundesländern haben wir nur 4,9 % bekommen. Das ist enttäuschend.

Es gibt mehrere Interpretationen dieses Ergebnisses. Einige sagen, es hätte geschadet, dass wir mit der Linkspartei zusammen kandidiert haben und wir hätten allein mehr bekommen, während andere sagen, das mit diesem Bündnis hätte noch viel deutlicher rauskommen müssen, und die Verbindung mit der Linkspartei sei zu spät gekommen.

Nun, das Ergebnis der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen – wo ihr ja viel weniger hattet – deutet eher darauf hin, dass es nicht schädlich war, euch mit der Linkspartei zusammenzutun. Landtagswahlen sind ja ein Indikator.

Das schon, aber nicht, wenn man das erste Mal antritt. Obwohl ich ganz und gar gegen Personenkult bin, denke ich, man muss Lafontaine viel davon zuschreiben. Zum Zeitpunkt der NRW-Landtagswahl war er noch in der SPD.

Vor drei Jahren hatte die – damals noch – PDS 1,27 % in Wilhelmshaven. Man sollte also vielleicht, statt zu fragen, ob es euch geschadet hat, mit ihr zusammen anzutreten, eher umgekehrt feststellen, dass es ihr

gut getan hat, euch dazuzubekommen. – Wie sieht es denn nun mit eurer Zusammenarbeit aus?

Die Linkspartei hat hier ja nicht so viele Mitglieder. Drei kommen aber mehr oder weniger regelmäßig zu unseren Versammlungen. Das ist aber überall im Westen so, bis auf Hannover, wo die Linkspartei allein schon relativ stark ist. Und in Oldenburg ist sie ziemlich stark – übrigens auch die DKP. Da kann man sagen, dass alle drei Parteien ungefähr die gleiche Mitgliederzahl haben.

Mit denen, die zu unseren Versammlungen kommen, haben wir noch nicht über eine Vereinigung gesprochen.

Der Landesvorstand führt ja jetzt Gespräche mit der Linkspartei...

Ich unterbreche dich mal eben. Bevor du mir das erklärst, sag eben zuerst: Wird es ein Zusammenschluss von oben oder von unten sein?

Es wird ein Zusammenschluss von unten her sein.

Heißt das, ihr sollt euch auf Ortsebene zusammenschließen...

Nein. Es gibt einen Parteitagbeschluss der

Das Bündnis zur Bundestagswahl wurde ja mit der heißen Nadel gestrickt; da ging es darum, jetzt und nicht irgendwann dem neoliberalen Gedankengut etwas entgegenzusetzen.

WASG, wonach wir ergebnisoffen diskutieren, wie es in der Bundesrepublik Deutschland einen Zusammen-

schluss zwischen der WASG und allen linken Gruppen – allen! – geben kann. Das geht nicht nur um WASG und PDS, sondern um alle linken Gruppen, nicht nur Parteien, sondern auch z.B. ATTAC oder die Sozialforen. In drei Bundesländern sind im Frühjahr schon Landtagswahlen, und wir wissen noch nicht, wie sich die entsprechenden Landesverbände verhalten werden. Und hier in Niedersachsen ist ja im nächsten Herbst Kommunalwahl. Da wird schon heiß darüber diskutiert, wie wir das machen. Die Tendenz ist, dass das regional unterschiedlich gehandhabt wird. Wir wollen hier in Wilhelmshaven im November ein Gespräch haben, ein Gespräch mit allen Menschen, die sich sagen, Mensch, da hat sich ja etwas getan, wollen wir mal sehen, wie es weitergeht, und die ihre Ideen einbringen können. Und in einem nächsten Schritt wollen wir alle linken Gruppen einladen, um inhaltlich zu diskutieren, wie wir hier auf kommunaler Ebene eine vernünftige Opposition auf die Beine stellen. Dafür ist wichtig zu berücksichtigen, dass in Niedersachsen das Kommunalwahlgesetz geändert wurde. Es wird überhaupt keine Listenverbindungen mehr geben können. Wenn wir z. B. zur Kommunalwahl zusammen mit der Linkspartei antreten würden, dann dürfte von den Kandidaten keiner in der WASG



sein. Oder wir treten als WASG an, und WALLI-Mitglieder wollten mit auf die Liste – die müssten aus der WALLI austreten.

Weißt du, warum diese Gesetzesänderung vorgenommen wurde. Extra euretwegen?

Klar. Die haben gemerkt, dass da etwas entsteht, dass eine Opposition entsteht. Man versucht, alles, was in Opposition zu den etablierten Parteien steht, zu schwächen und zu behindern. Am 19. November haben wir einen Landesparteitag, und da wird Thema sein, wie wir mit dieser neuen Lage umgehen.

Kommunalwahlen sind im Herbst 2006, da ist ja noch ein bisschen Zeit.

Keineswegs. In Kommunen, in denen wir als WASG antreten, müssen ja Unterstützungsunterschriften gesammelt werden. Das geht schon bald los.

Für künftige Bündnisse wollen wir uns mehr Zeit lassen als jetzt zur Bundestagswahl, wo alles sehr schnell gehen musste. Das Bündnis zur Bundestagswahl wurde ja mit der heißen Nadel gestrickt; da ging es darum, jetzt und nicht irgendwann dem neoliberalen Gedankengut etwas entgegenzusetzen. Wir denken an zwei Jahre Diskussion. Herbert Schui, der jetzt im Bundestag ist, geht sogar von einer längeren Diskussion aus. Er sagt, wir müssen alles bis in den hintersten Winkel hinein diskutieren.

Es ist also immer noch alles sehr offen und spannend, und man kann immer noch Einfluss nehmen.

Ja. Zum Beispiel bei dem Gespräch im November.

Ich hatte die Befürchtung, dass es jetzt nach der Wahl abflauen würde. Aber unsere Versammlungen montags sind weiterhin gut besucht.

Im letzten ZDF-Politbarometer kam raus, dass bei einer erneuten Wahl die Situation so bliebe, wie sie gegenwärtig ist, also eine große Koalition nötig wäre, die Linkspartei aber einen Prozentpunkt weniger hätte als am 18. September.

Klar. Momentan schauen alle auf die Koalitionsgespräche. Das wird wieder anders, wenn der neue Bundestag arbeitet.

Hier in Wilhelmshaven sind wir aber wirklich nach wie vor jeden Montag gut besucht.

Ihr seid so groß geworden, dass ihr euch trennen konntet und Friesland einen eige-



Die Wahlalternative

Andere Politik ist möglich. Jetzt mitgestalten.
04421 - 46 68 36
www.w-asg.de

nen Kreisverband gründen konnte. Wie viele seid ihr momentan?

Ich kann dir jetzt nur die Zahlen für Niedersachsen sagen. Im April waren wir 375, jetzt 1209. Friesland und Wittmund haben einen gemeinsamen Kreisverband gegründet, und das ist gut, weil die Leute aus Wittmund und Friesland jetzt nicht mehr so weit fahren müssen.

Du hast vorhin das neoliberale Gedankengut erwähnt. Mir fällt auf, dass die Grünen und die Leute vom linken SPD-Flügel neuerdings sehr Neoliberalismus-kritisch sind. Wie erklärst du das? Versuchen die, bei euch abzuzahlen, euer Profil zu verwischen?

Nun, der linke SPD-Flügel hat durch uns jetzt etwas Oberwasser bekommen und kann seine Vorstellungen jetzt etwas lauter kundtun. Aber was wird denn jetzt passieren? Die SPD-Linken werden sich in ihrer Partei nicht durchsetzen.

Und die Grünen haben es jetzt noch schwerer. Die müssen sich jetzt ja erst neu profilieren. Die hatten eine gute Umweltpolitik, momentan setzen sie auf die Ölfrage, und mit Fischer war da die Außenpolitik, aber ansonsten haben sie keine Politikfelder besetzt. Und jetzt versuchen sie, auf diesen linken Zug, der gestartet ist, mit aufzuspringen. *Hältst du es für denkbar, dass irgendwann*

einmal die vereinigte Linke sogar die Grünen einschließt?

Ich hätte damit kein Problem. Wenn die starken neoliberalen Tendenzen, die bei Teilen der Grünen ja vorhanden sind, überwunden werden... Aber es gibt auch Teile der Grünen, die bei der CDU gut untergebracht wären.

Noch mal zurück zur WASG Wilhelmshaven. Da ladet ihr also zu dem Gespräch im November ein. Gibt es sonst noch Angebote fürs Volk?

Wie meinst du das?

Politische Bildung, Schulung.

Na, erst müssen wir uns mal selber schlau machen. Augenblicklich diskutieren wir unser eigenes Programm.

Und ihr habt eure Treffen jetzt wöchentlich? Und da darf jeder und jede kommen?

Ja, jeden Montag 19.30 Uhr im Gasthaus "Schwarzer Bär".

Viel Erfolg weiterhin, und danke für das Gespräch. □

Für den 10. November 19.30 Uhr lädt die WASG alle Menschen, die kommen wollen, zu einem Gespräch in die Gaststätte "Schwarzer Bär" in der Bismarckstraße 179a ein.

Glückwunsch!

Die Freien Sozialen Dienste Friesland feiern Jubiläum

(noa) In diesen Wochen feiern die Freien Sozialen Dienste Friesland ihr 20-jähriges Bestehen. Eine Fahrradsternfahrt der Beschäftigten von den drei Niederlassungen Varel, Jever und Wilhelmshaven aus zum Dorfgemeinschaftshaus Cäciliengroden und Tage der offenen Tür in den Büros fanden schon statt; am 4. November werden sich die FSD auch mit einem Stand in der Wilhelmshavener Fußgängerzone vorstellen.

Damals, 1985, hätte wohl keiner geglaubt, dass der kleine Verein so lange bestehen und sich zu einem mittelständischen sozialen Dienstleistungsunternehmen mit insgesamt 40 fest angestellten und 60 geringfügig beschäftigten oder auf Honorarbasis tätigen Arbeitskräften entwickeln würde. Angefangen hat es mit Heike Bartsch, Beate Piekens und Walter Langer, die etwas Eigenes auf die Beine stellen und anders als gewohnt miteinander arbeiten wollten. Ihr Tätigkeitsfeld war die ambulante Krankenpflege, doch es sollte nicht nur darum gehen, Nachtpföpfe zu leeren, Verbände zu wechseln oder Spritzen zu setzen, sondern es war ihnen wichtig, darüber hinaus eine umfassende psychosoziale Betreuung zu leisten.

Es stellte sich schon bald heraus, dass viele Klientinnen und Klienten mit eher psychisch verursachten Erkrankungen eine besondere psychosoziale Begleitung und Betreuung brauchen.

Die Gründung der Psychosozialen Abteilung (1989) neben der Krankenpflegeabteilung war der konsequente nächste Schritt. Die Dienstleistungen dieser Abteilung sind Eingliederungshilfe, damals eine Leistung nach dem Bundessozialhilfegesetz, und ambulante psychiatrische Krankenpflege, eine Krankenkassenleistung. Bis in das laufende Jahr hinein waren die Freien Sozialen Dienste Friesland, mittlerweile eine gGmbH, im Kreis Friesland und in Wilhelmshaven als einziger Pflegedienst befugt, diese Leistung

zu erbringen. Grundlage war ein Modellversuch in Zusammenarbeit mit der AOK Niedersachsen, an dem fünf weitere Pflegedienste in anderen Städten teilnahmen. Seit 1. Juli ist die ambulante psychiatrische Krankenpflege eine Regelleistung.

Lange Zeit war die Tätigkeit der FSD auf den Kreis Friesland beschränkt, doch mit Umzügen von KlientInnen nach Wilhelmshaven dehnte die Psychosoziale Abteilung ihr Tätigkeitsfeld bis nach Wilhelmshaven hin aus. Und die Einrichtung der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie am Reinhardt-Nieter-Krankenhaus führte zu einer Zunahme der Arbeitsaufträge in Wilhelmshaven, die die Eröffnung einer Zweigstelle hier notwendig machte. Seit 1999 besteht dieses Wilhelmshavener Büro, zunächst in der Gökerstraße, seit 2003 im Mühlenweg 154. Aus dem einen festen Arbeitsplatz, der mit Gründung der Niederlassung Wilhelmshaven geschaffen wurde, sind inzwischen sieben geworden, nicht mitgerechnet die vielen geringfügigen und Honorar-Beschäftigungsverhältnisse.

Die Infostände und Aktionen in den Innenstädten Wilhelmshavens, Jeverns und Varel sollen die Öffentlichkeit über die Ziele und die Wichtigkeit der ambulanten Arbeit der FSD informieren. Dies soll in Zusammenhang gestellt werden mit sozial- und gesundheitspolitischen Forderungen nach umfassender präventiver, integrativer und qualitativ hochwertiger Versorgung für alle Hilfsbedürftigen dieser Gesellschaft. □

Muss der ECW seine Heimspiele demnächst auf dem zugefrorenen Stadtparkteich ausrichten?

Natürlich nicht, aber für diese Saison sieht es für unsere lokale Eishockey-Mannschaft echt schlecht aus. Nachdem der Bremer Investor Otfried Walter die Wilhelmshavener Eishalle aufgekauft hat und daraus, wie er sagt "ein Schmuckkästchen" machen wollte, tritt die Stadt an ihn heran und fordert von ihm Alt-schulden in Höhe von 100.000 Euro plus 18.000 Euro Zinsen ein.

Herr Walter reagierte darauf völlig fassungslos, investiert er doch schon sehr viel Geld zur Rettung der maroden Halle. Um rechtzeitig zum Saisonbeginn fertig zu werden, nächtigte Herr Walter während der Renovierungsphase manches Mal in der Halle. Und jetzt das!

Nach seinen Aussagen stand im Kaufvertrag nichts von den Alt-schulden. Nach Angaben der Stadt waren die Schulden im Grundbuch eingetragen – und das hätte Herr Walter natürlich einsehen müssen.

Jetzt ist das Problem da und es muss eine schnelle Lösung her. Der ECW-Vize-Präsident Sebastian Kahnt stellt düstere Prognosen. Er fürchtet, dass der Verein sich auflösen muss, wenn nicht bald eine Lösung gefunden wird.

Wilhelmshavens Sportdezernent Dr. Jens Graul laut WZ vom 1.10.2005: "Von unserer Seite wird es keine direkte Förderung des Eishockeys in Wilhelmshaven geben. Das haben wir Otfried Walter bei unserem ersten Gespräch am 6. Juli bereits gesagt. Fest steht auch, dass es von Seiten der Stadt keinen bedingungslosen Verzicht auf die 100.000 Euro geben wird – eine Forderung, die im Übrigen im Grundbuch eingetragen ist. Vorstellbar wäre aber, dass es eine Finanzierungsvereinbarung gibt, die zum Beispiel eine Rückzahlung der Summe in mehreren Etappen vorsieht, wie das seinerzeit auch im Fußball gemacht worden ist."

Zumindest kann der ECW in der bereits begonnenen Saison weder trainieren noch Heimspiele austragen, was bei einer so erfolgreichen und bekannten Mannschaft wie dem ECW schon tragisch ist.

Die Fans des ECW (Jadedome United) führten aus diesem Grund eine Demonstration vor dem Rathaus durch. Vertreter der Stadt erklärten sich durchaus dazu bereit, eine vernünftige Lösung zu finden. Obwohl weitere Gespräche stattfanden, ist bis heute immer noch nichts geklärt über die Zukunft der Eishalle sowie der Eishockeymannschaft des ECW. (jes)



Auf zur anderen Seite des Wilhelminismus!

Hitler vor den Toren der Stadt

(von Hartmut Peters) Karlchen wohnt seit 30 Jahren in Wilhelmshaven. Beim traditionellen Treff mit alten Studienfreunden in Berlin schlägt jährlich seine Viertelstunde. "Sach maa, was, hicks, mach' enn eig'lich Willemsshaafn?" ist kurz vorm Koma-Kult. Und das war jetzt Axel, der seinem gedunsenen Gesicht einen finalen Schmiss abringt.

Karlchen (schlagartig nüchtern): In meiner Heimatstadt gibt es jetzt eine Gesellschaft für Wilhelminische Studien.

Axel: Ach so, der Wilhelmine mal so unter die ...

Karlchen: Schwein! Nein, die wissenschaftliche Erforschung der anderen Seite des Wilhelminismus, so stand es in unserer Zeitung, dem Neuen Wilhelmshaven. Wilhelminismus nennt man die Kaiserzeit nach Bismarck unter Wilhelm II.

Heiko (kriegt noch ein Auge auf): Also, die Traditionslinien eines antisemitischen und Größenwahnsinnigen Kaisers hin zu Auschwitz. Die Hunnenrede, der Boxeraufstand, die Ermordung der Herero, die Duldung des Genozids der Türken an den Armeniern und der Erste Weltkrieg und die Unterdrückung der Demokraten und ...

Anna (startet in den Ascher): Echt Luxus, das hätte ich nicht gedacht. Weil doch der Verwandte von Willy II., der Wilhelm I., wegen seiner zahlreichen Kriege und der Unterdrückung der Sozialisten erst vor 13 Jahren oder so ein neues Bronze-standbild von der SPD und den Unternehmern gekriegt hat. Hast du doch mal erzählt. Wie großzügig, dass da jetzt noch was nachgelegt wird!

Karlchen: Treffer. Wir sind die Speerspitze einer Geschichts- und Kulturpolitik, die jeder doitschen Stadt zum Vorteile gereichen würde! Schon letztes Jahr hat eine Ausstellung von Zeichnungen, Bildern und Architekturstudien von Willy II. den geistigen Boden rechter Denkungsart befruchtet. In unserer Kunsthalle. Ja, echt, so was haben wir. Lacht nicht so ungläubig!!

Anna: Cool, diese Parallele zu Adolf Hitler herauszuarbeiten, zwei große, leider verhinderte Künstler und Architekten! Den Willy II. als Mächtigen-Künstler zu entlarven und ihn so in die gebührende Linie zu Hitler zu stellen. Verdienstvoll und immer auf der Suche nach der Differenz. Denn Hitler hat ja Wilhelmshaven 1945 ziemlich platt gemacht, während Wilhelmshaven den Kaiser 1918 plättete. Richtig dekonstruktive postmoderne Diskurs-Fuzzies, die Jade-Fischköpfe.

Axel: Diese andere Seite, so ungemein erregend wie die des Mondes. Und Willys ganze Biographien füllende Vorliebe für die andere Seite ... Und jetzt noch eine ganze Gesellschaft für den Arsch. Ich sach ja, die Provinz, die Provinz, die bringt's.

Karlchen: Genau. Wilhelmshaven heißt ja jetzt die technische Kaiserstadt, so die brandneue Sprachregelung im Neuen Wilhelmshaven. Das ergibt auch eine Novellierung des Wilhelmshavener Glaubensbekenntnisses in "Ich lege hiermit das Bekenntnis ab zur einzigen technische Kaiserstadt am einzigen deutschen Tiefwasserhafen." Leider keine reine Kaiserstadt, eben nur die technische. Deshalb lässt man ja auch die Südzentrale verfallen, damit das rein Kaiserliche später mehr auffällt. Das ist angewandte Dialektik! Hier machen Maulwürfe die Revolution.

Sabine (erwacht): Feldherrenhügel der angewandten Archäologie, würde ich sagen. Und wo wird der Sitz der Wilhelminischen Gesellschaft sein, im Steinhafen der Südzentrale?

Karlchen: Nein, im Wasserturm an der Gökerstraße, der ist zwar preußisch, aber was macht es. Lesungen aus den Werken der Prinzessin Feodora garantieren das Niveau. Ein sträflich vergessenes lyrisches Talent, weit oberhalb von Karl-Heinz Funke! Anekdoten aus dem Leben Willys verbürgen die Wissenschaftlichkeit. Wie er auf dem ostelbischen Gut die 9. Magd geschwängert hat. Und für die wissenschaftliche Unabhängigkeit

steht selbstredend die Verwaltung der Hohenzollern, die den ersten Abend federführend gestaltete.

Heiko, Anna, Sabine (im Chor): Und was hält man von einem "Carl-Peters*-Lehrstuhl für angewandten Imperialismus" an der Fachhochschule im Rahmen des internationalen Wirtschaftsstudiums mit einem Auslandspraktikumsemester, sagen wir, im Irak?

Karlchen: Kommt, wenn Deutschland im Weltsicherheitsrat sitzt. Die Wilhelmshavener Wissenschaft muss dann ein Bekenntnis zur

Marine ablegen. Da seid ihr platt, ihr netgeilen Katastrophentouristen. Bei uns ist niemals 1. April. Wir haben jetzt das magische Dreieck, den explosivsten Innensturm der Weltgeschichte. Jever ist die Bismarck-Stadt, Wilhelmshaven wird umbenannt in "Wilhelms-des-Zweiten-Haven", und Varel schmiert sich den Hitler in die Geschichte, der ist ja noch frei.

Axel: Bää, bää, bää! Grottiges product placement. Wäre ich Senior History Manager of

Schlicktown County, würde ich Varel mit Hindenburg sellen, um das superior branding Hitler für Wilhelmshaven in the middle zu saven. Wilhelm würde ich in Lizenz nach Horumersiel outsourcen.

Anna: Ja, ja, diese Billiggeistkaffs im Windschatten der globalen Fürze. In der Ecke kann jeder Doktor sein. Den Hamster zur Hausmaus machen, um den lokalen Siegfried zu geben, aber den Drachen eingemottet lassen.

Axel: Wie Recht du hast! Hitlershaven liegt doch

in der Luft und muss nur noch inkarnieren. Warum sollte das Oberzentrum Nebenorten eine Marke lassen, die sich auch in Jahrtausenden noch selbst bewirbt? Wer hat denn auch ab 1933 erst ganze Stadtteile wachsen lassen? HHV, das klingt optimistisch, wie positive Zukunft. WH2V stinkt doch nach Fleckenpaste.

Sabine: Die Nazis, das sind doch eh bald nur noch Trachtenvereine. Nur wer sich heute das dickste Stück vom Braten der Geschichte abschneidet, wird im Zeitalter der Globalisierung die dickste Wurst drücken. In Auschwitz standen, medial gesehen, auch nur Gruselkammern. Das ist doch der Masterplan hinter der Wilhelminischen Gesellschaft. Nur kann man nicht immer gleich alles sagen. Man muss doch die Menschen mitnehmen! Vom Wilhelmsdenkmal über das Marinemuseum zum anderen Seite!

Karlchen: Oh, ich provinzieller Kleingeist! Ich sehe schon die chinesischen Touristen mit Hitler-Bärtchen, die mit den Arabern aus dem Holiday Inn über die Ölorkommen darunter verhandeln. Das gibt Arbeitsplätze! HHV wird globaler Brennpunkt geschichtsmythologischer Vergangenheitsentsorgung als Wirtschaftsfaktor. In der Viererkette Bismarckseier (Ex-Jever) - Wilhelmssiel (Ex-Horumersiel) - Hitlershaven - Hindenburgel (Ex-Varel). Städtische Geschichtspolitik befiehlt, wir folgen. □



**) Dr. Carl Peters gilt als der Begründer der Kolonie Deutsch-Ostafrika. Er schloss 1884 in Ostafrika die ersten Verträge ab und gründete 1885 die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft. 1897 wegen verschiedener ihm zur Last gelegten Grausamkeiten gegen Eingeborene zur Dienstentlassung verurteilt.*